

Nr. 32

Strategieplan für Wien

*Qualität verpflichtet
Innovationen für Wien*



Eine Initiative der Wiener Stadtregierung

WERKSTATTBERICHT

INHALT

Vorwort

Präambel

Aufgaben des Strategieplans

Wien - Stadt mit Vision und Augenmass

Die Strategiefelder

1 Wien engagiert sich in Europa und verstärkt regionale Kooperationen

- 1.1 Wiens Beitrag zur europäischen Städtepolitik
- 1.2 Engagement für eine grenzüberschreitende Europaregion
- 1.3 Neue Qualität der Zusammenarbeit in der Vienna Region

2 Wien schafft neue Perspektiven für Wirtschaft und Arbeit

- 2.1 Stärkung der Internationalisierung des Standortes
- 2.2 Innovationen in der Arbeitsmarktpolitik

3 Wien investiert in Wissen, Bildung und Kultur

- 3.1 Wien stärkt seine Wissensbasis
- 3.2 Europäische Kulturmetropole
- 3.3 Erlebnis Stadt — Brücken zwischen Freizeit und Edutainment

4 Wien stärkt die Qualität von Naturraum und Stadtraum

- 4.1 Schutz und Aufwertung des Naturraums
- 4.2 Kultivierter Umgang mit dem Stadtraum
- 4.3 Managementorientierung in der Planung

5 Wien bleibt Stadt der Lebens- und Umweltqualität

- 5.1 Stadt des Miteinander
- 5.2 Stadterneuerung stärkt die Stadtstruktur
- 5.3 Für eine intelligente Mobilität
- 5.4 Umfassende Gesundheitsförderung
- 5.5 Ressourcenschonung und Ressourcenmanagement

Impressum

Strategische Projekte

Die Strategischen Projekte werden im Begleitband "Werkstattbericht 32A / Strategieplan für Wien - Strategische Projekte" ausführlich dargestellt.

VORWORT

Der Strategieplan für Wien ist das Ergebnis einer Initiative der gesamten Stadtregierung. Er soll gleichzeitig eine attraktive Vision für die zukünftige Entwicklung Wiens schaffen und durch strategische Projekte konkrete Impulse setzen.

Das oberste Ziel ist eine optimale Gesamtentwicklung Wiens im Rahmen der neuen Herausforderungen und Chancen. Dazu müssen die ökonomischen, die sozialen und die ökologischen Qualitäten, die insgesamt die Attraktivität der Stadt begründen, gleichwertig weiterentwickelt werden. Soziale Gerechtigkeit und gemeinsame Verantwortung, zukunftsbeständige Wirtschaftssysteme und ein verantwortungsvoller Umgang mit der natürlichen Umwelt sind die Säulen der Strategie für Wien. Daher beruht der Strategieplan auf einem integrativen Ansatz, der die Zielsetzungen und Projekte nicht nach sektoralen Sichtweisen strukturiert, sondern entsprechend den wichtigen zusammenhängenden Schwerpunkten.

Der Strategieplan soll dazu beitragen, dass die hohen und vielfältigen Qualitäten Wiens erhalten und weiter ausgebaut werden. In der Wirtschaft, im Arbeitsmarkt, in der Wissenschaft, in der Kultur, in der Bildung, im Naturraum, im Stadtraum, in allen Lebensbereichen der Bürgerinnen und Bürger.

Dafür braucht es Innovationen. Innovationen brauchen Offenheit. Der Strategieplan ist ein Orientierungsrahmen für das weltoffene Wien, das seine geistige Rolle und seine geopolitische Lage nutzt. Er ist auch ein Beitrag zur europäischen Städtepolitik und zu Wiens Rolle in der europäischen Integration.

Wissenschaft, Technologie, Zusammenleben, Kultur und Wirtschaft, brauchen ein innovatives Klima. Dieses soll auch die Voraussetzungen für ein konkurrenzfähiges, dynamisches und kreatives Wien schaffen.

Der Strategieplan für Wien soll dafür Rahmenbedingungen schaffen und gezielte Impulse geben. Er ist daher kein "fertiger Plan" im konventionellen Verständnis. Er ist vielmehr eine Einladung an die verschiedenen wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und politischen Kräfte sowie die engagierten Bürgerinnen und Bürger Wiens: in öffentlich-privater Partnerschaft Wiens Zukunft zu gestalten.

Dr. Michael Häupl
Bürgermeister

Dr. Bernhard Görg
Vizebürgermeister und amtsführender Stadtrat für Planung und Zukunft

PRÄAMBEL

Mit dem Strategieplan Qualität verpflichtet. Innovationen für Wien stellt Wien zusammenhängend und verbindlich die künftigen Schwerpunkte städtischer Entwicklung vor.

Bei einer Städteprofilierung wird Wien in vielfältigen Bereichen mit hoher Qualität verbunden. Auf dieser Basis verdeutlicht der Strategieplan die künftige Linie Wiens im internationalen und regionalen Rahmen.

In Strategiefeldern und strategischen Projekten werden anspruchsvolle, aber realistische Ziele festgelegt. Diese sollen seitens der Politik und Verwaltung der Stadt Wien in Zusammenarbeit mit interessierten und engagierten PartnerInnen in strukturierten Zeitabschnitten realisiert werden.

Die strategisch wichtigen Adressaten dieses Planes sind die Wiener Wirtschaft, Institutionen, die Bevölkerung, regionale und europäische KooperationspartnerInnen, internationale Organisationen und Interessenten. Ihre Mitarbeit wird ein neues Potenzial erschließen und die Stadt als Handlungseinheit stärken.

Die im Strategieplan angelegte öffentlich-private Partnerschaft bietet eine Entscheidungstransparenz durch Information und qualifizierte Auseinandersetzung über Entwicklungsvorhaben und kommunale Projekte. Ziel ist die Stärkung der Wirtschafts-, Wissens-, Lebens- und Umweltqualität. Gleichzeitig werden attraktive Angebote für neue PartnerInnen entwickelt. Dies stellt neue Ansprüche an Qualifizierung und Kundenorientierung der Verwaltung und stärkt Synergien, demokratische Strukturen und Akzeptanz der Vorhaben.

Projekte in öffentlich-privater Partnerschaft haben eine Leitfunktion innerhalb des Strategieplans. Innovationen für Wien sollen durch Projekte mit hohem Synergiepotenzial vorangetrieben werden.

Wien, die Hauptstadt Österreichs, ist eine Metropole von internationalem Rang. Daraus leiten sich auch Forderungen an den Bundesstaat ab, zur Weiterentwicklung Wiens als Stadt mit kosmopolitischer Tradition und internationaler Attraktivität aktiv beizutragen.

AUFGABEN DES STRATEGIEPLANS

Ziele und Methodik des Strategieplans Qualität verpflichtet. Innovationen für Wien orientieren sich an der Zukunft der gesamten Stadt. Er formuliert Aufgaben von Politik und Verwaltung und eröffnet neue Entwicklungsfelder, in die sich Wirtschaft, Wissenschaft und Öffentlichkeit aktiv einbringen können.

Qualität verpflichtet. Innovationen für Wien dient der

- verbesserten Integration und Koordination der verschiedenen in Wien existenten Zielsysteme, Maßnahmenprogramme und Projekte sowie neuen Schwerpunktsetzungen mit neuen Partnerschaften;
- Unterstützung und Bestärkung stadtentwicklungspolitischer Intentionen durch die Erarbeitung zukunftsfähiger strategischer Ziele. Diese sollen sowohl für die öffentlichen als auch für die privaten AkteurInnen in der Stadt gelten;
- Umsetzung dieser Ziele entlang von Maßnahmenprogrammen und vor allem in strategischen Projekten.

Qualität verpflichtet. Innovationen für Wien ist die Grundlage für eine Stadtaktion, in der Ziele zukunftsorientierter Stadtentwicklung in neuen Partnerschaften zwischen öffentlichen und privaten AkteurInnen realisiert werden sollen. Die Umsetzung der Vorhaben soll rasch, nach klaren Prioritäten und mit hoher Qualität erfolgen.

Die strategische Einbeziehung von Wirtschaft, Wissenschaft und Öffentlichkeit verstärkt nicht nur Synergien. Sie soll auch privates Kapital motivieren, innovativ und qualitätsorientiert zur Gesamtentwicklung Wiens beizutragen.

Der Strategieplan für Wien ist kein "fertiger Plan", der nur mehr beschlossen und umgesetzt werden muss. Er ist vielmehr die Grundlage zur Strukturierung eines strategischen Prozesses. Er bedarf der Weiterentwicklung, Konkretisierung und Operationalisierung. Er soll auch mit Hilfe von Beiträgen weiterer AkteurInnen, die sich für die Stadt engagieren, verändert und ergänzt werden. Der vorliegende Bericht ist das Ergebnis einer Aktion der gesamten Stadtregierung, um die Orientierung für die Zukunft der Stadt festzulegen. Er ist ein genereller Orientierungsrahmen, aber kein determinierender Aktionsplan.

Für die Qualität des Strategieplanes sind folgende Kriterien ausschlaggebend: Er soll eine Grundlage für langfristig robuste Orientierungen bieten. Er soll für neue Entwicklungen offen sein. Er soll zu Kooperationen einladen und auffordern. Und einer auf breiter Ebene getragenen Prozessqualität verpflichtet sein.

WIEN — STADT MIT VISION UND AUGENMASS

Städte und Stadtregionen erfahren weltweit einen Bedeutungszuwachs. Sie spielen damit eine aktive Rolle in der Gestaltung von Wirtschaft und Gesellschaft — aber auch in der globalen Verantwortung für eine zukunftsfähige und umweltgerechte Entwicklung. Aus dieser Erkenntnis haben sich Europas Städte verpflichtet, ihre Entwicklung zukunftsfähig zu gestalten. Mit dem Strategieplan schließt sich Wien dieser Verpflichtung an. Die Ziele und der daraus abgeleitete generelle Weg ergeben neue Gemeinsamkeiten in einem internationalen, vor allem aber europäischen Städtenetzwerk. Gemeinsame Leitvorstellung ist die Weiterentwicklung der Stadt als zukunftsfähige Lebensform.

Der Strategieplan Qualität verpflichtet. Innovationen für Wien ist ein positiver Zukunftsentwurf und ein strukturierter Prozess und integriert daher die Idee und Zielsetzung zukunftsfähiger Entwicklung in die wesentlichen Strategien.

Wien — Stadt mit zukunftsfähiger Entwicklung

Wiens Stadtpolitik und Stadtentwicklung müssen dafür Sorge tragen, dass die Handlungsweisen der Gegenwart auch künftigen Generationen eine optimale Befriedigung ihrer Bedürfnisse ermöglichen. Dieses Ziel erfordert eine weit vorausschauende Strategie. Diese muss auf einer Querschnittsorientierung aufbauen: Das heißt, dass die ökonomischen, ökologischen und sozialen Aspekte zukunftsfähiger Entwicklung gleichzeitig und gleichwertig berücksichtigt werden. Die Säulen dieser Strategie sind: soziale Gerechtigkeit, zukunftsbeständige Wirtschaftssysteme und eine nachhaltige Nutzung der natürlichen Umwelt, die die Wohlstandsentwicklung mit der Tragfähigkeit der natürlichen Umwelt in Einklang bringt. Sie müssen als Grundsätze der Zukunftsbeständigkeit in alle Politikfelder einbezogen werden.

In der Stadtentwicklung Wiens ist verstärktes Augenmerk auf Bildung von Synergien zu legen. Die Vision zukunftsfähiger Entwicklung erfordert Kooperation und gemeinsam entwickelte Innovation. Daher ist auch Augenmaß in der Durchsetzung einzelner Ziele und Interessen im Sinn einer optimierten Gesamtentwicklung nötig. Das Ziel zukunftsfähiger Entwicklung bedeutet konkret, dass Wien als Gesamtstadt "good" und "best practice" wird. Daran müssen sich die einzelnen Handlungsfelder, Handlungsprogramme und Projekte orientieren. Um diese Zielsetzung zu stärken und zu konkretisieren sollen in Wien (im Einklang mit der Charta von Aalborg) Lokale Agenda 21 Prozesse intensiviert werden.

Wien — im europäischen Verbund der Städte und Regionen

Wien verstärkt seine internationale Orientierung. Zukunftsfähige Stadtentwicklung kann weder im Alleingang einer Stadt erfolgen, noch sich auf den urbanen Kernbereich beschränken. Verstädterung als zentraler gesellschaftlicher Trend betrifft das gesamte Städtenetz Europas und die gesamte regionale Dynamik. Das reicht von der längerfristig orientierten Entwicklung einer Staatsgrenzen überschreitenden Europaregion über die Stärkung der Vienna Region bis hin zur Forcierung einer gemeinsamen Strategie Wiens und des näheren Umlands.

Die hohen Qualitätsziele der urbanen Entwicklung Wiens können längerfristig nur durch eine abgestimmte europäische Städtepolitik und eine innovative Regionalpolitik

und Regionalplanung erreicht werden. Dies bedeutet, dass die wesentlichen AkteurInnen neue Kooperationsformen entwickeln müssen, die gemeinsamen Nutzen und Konfliktminimierung zum Ziel haben.

Wien — Wirtschaftszentrum in einer starken Region

Für eine zukunftsfähige Entwicklung ist eine starke, beschäftigungswirksame und ressourcenschonende Wirtschaft unabdingbar. Das Potenzial der urbanen Wissensgesellschaft muss für Prozess- und Produktinnovation genutzt werden, um die Wettbewerbsfähigkeit der gesamten städtischen und regionalen Wirtschaft sowie der einzelnen Betriebe zu stärken. Wobei gleichzeitig soziale Polarisierung zu vermeiden ist. Zukunftsbeständige städtische Wirtschaft muss das natürliche Kapital bewahren und seine Belastungen reduzieren. Wirtschaftliche Innovation muss sich daher im besonderen an Ressourcenschonung orientieren.

Die ökonomischen Stärken Wiens müssen nach Innen und nach Außen besser bewusst gemacht und gezielt weiterentwickelt werden. Dies betrifft unter obigen Zielen vor allem zwei Aspekte: die Stärkung der regionalen Wirtschaftsbasis und die Weiterentwicklung einer Exportkompetenz. Die Chancen, die sich aus der unmittelbaren Nachbarschaft zu den Ländern Mittel- und Osteuropas ergeben, müssen verstärkt genutzt werden.

Infrastruktur- und Verkehrspolitik muss den internationalen Anschluss der Stadt sichern, die regionale Entwicklung unterstützen und Wien auch in diesem Bereich zukunftsfähiger Entwicklung beispielhaft machen.

Wien — Stadt der vorausschauenden Arbeitsmarktpolitik

Die wirtschaftspolitische Strategie hat ein hohes Maß an Beschäftigung, Bekämpfung von Arbeitslosigkeit sowie Schaffung und Sicherstellung von Beschäftigungsmöglichkeiten zum Ziel. Ein funktionierender und innovativer Arbeitsmarkt ist nicht nur Grundlage für die Sicherung der Einkommen der Bevölkerung, er ist die Basis für die Wettbewerbsfähigkeit der Wiener Wirtschaft und die Erhaltung und Weiterentwicklung der sozialen Qualität in Wien. Vorausschauende Arbeitsmarktpolitik muss sich an den Zielen gesellschaftlicher Integration orientieren, mit der Entwicklung der Wissensgesellschaft abgestimmt werden und Bildung und Qualifikation forcieren.

Wien — Zentrum für Wissen und Kultur

Wien hat einen internationalen Ruf als Stadt der Kunst, der Wissenschaft und der Lebenskultur. Ziel des Strategieplanes ist es, Qualitäten und Prestige, die mit diesem Ruf verbunden sind, zu bewahren, zu akzentuieren und weiterzuentwickeln. Die auf Wissen basierende städtische Gesellschaft braucht Innovationen im naturwissenschaftlich-technischen, im gesellschaftswissenschaftlichen und im künstlerischen Bereich. Es gehört zu den vorrangigen strategischen Aufgaben der Stadt Wien, diese Wissensfelder zu stärken und weiterzuentwickeln.

Die Stadt verfügt über ein eindrucksvolles künstlerisch-kulturelles Erbe, über viele bedeutende Pflege-, Dokumentations- und Präsentationsstätten der Kunst, aber auch über lebendige und innovative Kunstszenen in der Gegenwart. Es kommt darauf an, die künstlerischen Traditionen einer gegenwartsbezogenen Reflexion zugänglich zu machen. Es ist aber gleichermaßen wichtig, neues intellektuelles Potenzial zu pflegen, damit sich neue Qualitäten in Kunst und Wissenschaft entwickeln können.

"Wissensmanagement" zielt auf Aktivierung und bessere Verknüpfung der Wissenschafts- und Kulturlandschaft in Wien. Es soll ein offenes Klima schaffen sowie Kreativität und Experimentierfreudigkeit der Menschen unterstützen. Das Innovationsklima soll in Kooperation zwischen wissenschaftlichen Einrichtungen, Verwaltung und Wirtschaft gefördert werden. Zur Entwicklung des qualitativen Niveaus des Standortes ist Wissen gezielt in die breiten Schichten der Bevölkerung zu vermitteln.

Wien — Stadt des sozialen Ausgleichs

Sozialer Ausgleich ist eine der Stärken Wiens und muss für die Zukunft erhalten und weiterentwickelt werden. Dies erfordert auf der einen Seite die Unterstützung und Förderung sozialer Gerechtigkeit durch Politik und Hoheitsverwaltung in den Strategien und Projekten. Es erfordert aber gleichzeitig auch mehr Bewusstsein und Kompetenz für gesellschaftliche Aktivierung und Emanzipation. Letzteres stellt neue Ansprüche an Wissen und Bildung, Aus- und Weiterbildung für den Beruf, aber auch an das soziale Lernen für komplexer werdende Lebensperspektiven mit Eigen- und Sozialverantwortung.

Daher sind Modelle und Verfahrensweisen zu verstärken, die zu einer gleichmäßigeren Einkommensverteilung beitragen. Die aber auch helfen, soziale Gruppen und Individuen nicht als Betroffene, sondern als AkteurInnen mit Mitsprache, Mitarbeit, Mitverantwortung und Eigeninitiative einzubeziehen.

Wien — Stadt des Miteinander verschiedener Kulturen, Religionen und Lebensweisen

Nachhaltige Entwicklung zielt auf Lebensqualität, auf Gerechtigkeit unter den Menschen sowie zwischen den Generationen und auf gemeinsame Verantwortung ab. Sie betrifft die soziale und ethische Dimension des Gemeinwohls.

Gesellschaftliche, wirtschaftliche und politische Neuerung ist die Triebfeder für die Entwicklung der Städte. Internationale Einflüsse, fremde Kulturen und zugewanderte Menschen sind als InnovationsträgerInnen von entscheidender Bedeutung. Sie stellen Unbekanntes dem Bekannten gegenüber und fördern somit Erneuerung. Dies erfordert die Bereitschaft der Aufnahmegesellschaft, neue Einflüsse und Veränderungen zu akzeptieren und gemeinsam eine weitere Etappe gesellschaftlicher Entwicklung zu beschreiten. Aufgabe der Stadt Wien ist es, Initiativen zu setzen und Maßnahmen zu ergreifen, die die Umsetzung des Menschenrechts auf Bildung, Wohnen, Arbeit, Lebensqualität und politische Beteiligung ermöglichen. Sie soll dazu beitragen, ein gesellschaftlich offenes, veränderungs- und integrationsorientiertes Klima in der Stadt zu realisieren, das Diskriminierungen vermeidet.

Wien — Stadt der Chancengleichheit

Die Entwicklung der Städte erfolgt unter den Herausforderungen von Globalisierung, Tertiärisierung und Individualisierung. Die Stadt muss die daraus entstehenden Chancen nutzen. Sie muss aber ebenso die damit verbundenen Risiken sehen und zur Entwicklung von Chancengleichheit für alle Bevölkerungsgruppen beitragen — insbesondere auch aus dem Bekenntnis zum Ziel einer Gleichstellung der Geschlechter heraus. Bestehende Benachteiligungen von Frauen, v.a. in der Arbeitswelt, in der Familie und in der Frage der persönlichen Sicherheit, dürfen durch die oben skizzierte Entwicklung nicht verschärft werden. Vielmehr geht es darum, gezielt Rahmenbedingungen für die Gleichberechtigung zu schaffen. Über

Bewusstseinsbildung ist für ein öffentliches Klima zu sorgen, in dem Frauen und Männer gleichermaßen respektiert werden. Wien bekennt sich zu dem Anspruch einer urbanen Gestaltung für alle Menschen, die bestehende Benachteiligungen beseitigt, um allen BewohnerInnen Eigenständigkeit, Sicherheit und die Chance auf ein selbstbestimmtes Leben zu bieten.

Wien — Vorreiterin in "Gender Mainstreaming"

Wien soll auch weiterhin eine Vorreiterinnenrolle als moderne Stadt mit europäischen Politikstandards einnehmen: indem bestehende Ansätze einer frauenspezifischen und alltagsgerechten Kommunalpolitik fortgesetzt und weiterentwickelt werden — mit dem Anspruch des Gender Mainstreaming, also eines querschnittsorientierten Zugangs. Die Bemühungen um die Gleichstellung der Geschlechter sind in diesem Sinne nicht auf die Durchführung von einzelnen Maßnahmen zur Unterstützung bzw. Förderung von Frauen zu beschränken, wiewohl diese zum Ausgleich bestehender Benachteiligungen notwendig sind. Es sind gezielt Rahmenbedingungen für die Gleichberechtigung zu schaffen, wofür auch im Bereich der Bewusstseinsbildung ein öffentliches Klima entwickelt werden muss, in dem Frauen und Männer gleichermaßen respektiert werden. Der Aspekt der Chancengleichheit muss daher in sämtliche Politikbereiche und Aktionen eingebunden werden. Eine Voraussetzung dafür ist die Prüfung und Bewertung der geschlechtsspezifischen Relevanz und der geschlechtsspezifischen Auswirkungen kommunalpolitischer Maßnahmen. Weiters muss eine diesem Ziel verpflichtete Politik eine hinreichende Beteiligung und Vertretung von Frauen in Planungs- und Entscheidungsprozessen auf kommunaler Ebene sicherstellen. Modellprojekte zu einzelnen inhaltlichen Arbeitsfeldern sind ein wichtiger Schritt zu einem institutionalisierten Gender Mainstreaming.

Wien — Stadt mit hoher Lebens- und Erlebnisqualität

Die Qualität des Urbanen und einer in wesentlichen Elementen darauf beruhenden Kultur ist eine besondere Stärke Wiens. Dies schließt vitale Erlebnisqualität mit ein — wie sich am florierenden Städtetourismus, aber auch an der Identifikation der WienerInnen mit ihrer Stadt und ihren Kulturangeboten zeigt. Das ausklingende 20. Jahrhundert brachte tiefgreifende gesellschaftliche Veränderungen mit sich — eine neue Struktur und Verteilung von Arbeit und Einkommen, steigende Mobilitätsbedürfnisse, Veränderungen im Altersaufbau, in der Familienstruktur und in den Lebensstilen. Dies alles stellt neue Ansprüche an die Stadt als Lebens- und Erlebnisraum.

Das entsprechend starke Kulturimage Wiens, aber auch die Qualität der urbanen Angebote — Stadtraum, öffentlicher Raum, Freizeitangebote, Stadtbild und Architektur — müssen unter diesen neuen Bedingungen weiterentwickelt werden. Zukunftsfähige Entwicklung beinhaltet eine räumliche Komponente, die von Stadtentwicklung und Stadtplanung weiter optimiert werden muss. Und zwar im Verbund mit allen städtischen politischen Handlungsfeldern wie Wirtschaft, Wohnbau, Stadterneuerung, Verkehr, Soziales, Kultur, Gesundheit und Umwelt.

Wien — eine umweltbewusste Stadt

Umweltpolitik ist eine querschnittsorientierte Aufgabe. Sie betrifft die Erhaltung und Weiterentwicklung der Qualität der natürlichen und der städtischen Umwelt. Der Strategieplan soll sicherstellen, dass für eine längerfristig tragfähige Entwicklung die

ökologischen Aspekte gleichwertig mit den ökonomischen und sozialen Aspekten berücksichtigt werden. Dafür sind Strukturen für eine an Synergien orientierte Zusammenarbeit notwendig.

Der hohe Standard des Umweltschutzes in Wien soll weiter ausgebaut werden, um die Lebens- und Erlebnisqualität auch für kommende Generationen zu erhalten. Dazu ist es unumgänglich, gemeinsam mit Wirtschaft, Wissenschaft und Bevölkerung die Strategien für eine umweltverträgliche und ressourcenschonende Handlungsweise zu entwickeln.

DIE STRATEGIEFELDER

1 Wien engagiert sich in Europa und verstärkt regionale Kooperationen

LEITIDEE Die Bewältigung von Krisen, neue Entwicklungen und Innovationen finden in erster Linie in Städten statt. Die Gestaltung von Stadtregionen, urbane Tradition und neue Herausforderungen an den urbanen Raum verpflichten Europa zu einer zukunftsfähigen Städtepolitik. Wiens Engagement in der europäischen Städtepolitik zielt vor allem darauf ab, alle jene Rahmenbedingungen zu schaffen, mit denen die Leistungsfähigkeit der Städte und Stadtregionen erhalten oder wiederhergestellt wird. Die Städte Europas sollen durch die Verbesserung von vorhandenen und neuen Gemeinschaftsinterventionen auf die Anforderungen und Herausforderungen der Zukunft vorbereitet werden.

Eine der größten Herausforderungen eines zukunftsfähigen Europa ist in den kommenden Jahren die politische und wirtschaftliche Einbindung der Mittel- und Osteuropäischen Länder (MOEL) in die EU: Die Erweiterung der Europäischen Union als wirtschaftliches, soziales und politisches Integrationsvorhaben. Wien muss seine Position im europäischen Städtenetzwerk verstärkt nutzen, um das Ziel eines gemeinsamen Europa - das zunehmend auch ein Europa der Städte sein wird - zu einer gültigen Handlungsgrundlage zu machen.

Die Erweiterung der Europäischen Union und die damit verbundene Neupositionierung Wiens im Zentrum des Binnenmarktes ist als die große Chance wahrzunehmen. Vorrangiges Ziel der Wiener Städtepolitik muss die Nutzung und Förderung dieser Chance sein. Wien muss daher in einer kontinuierlichen und längerfristig orientierten Strategie Kooperationen mit regionalen AkteurInnen aufbauen, um gemeinsam die Stärken dieses Wirtschafts- und Lebensraumes weiterzuentwickeln. Und zwar auf allen regionalen Ebenen: Wien-Umland, Vienna Region (Wien, Niederösterreich und Burgenland), Europaregion (Gebiet zwischen St. Pölten im Westen, Wiener Neustadt im Süden, Győr im Südosten, Bratislava im Osten und Brno im Norden). Dies erfordert verstärkte Kooperationen der Stadt Wien mit den mittel- und osteuropäischen und den südosteuropäischen Hauptstädten.

Für ein erfolgreiches Weiterentwickeln regionaler Kooperationen müssen alle Beteiligten folgende Prinzipien beachten: langfristige Orientierung und regelmäßige Interaktion, "Augenmaß" in der Durchsetzung eigener Interessen, attraktive Kooperationsangebote, Belohnung von kooperativem Verhalten und Verbreitung positiver Erfahrungen.

1.1 Wiens Beitrag zur europäischen Städtepolitik

Vorrangiges Ziel Wiens in der EU-Städtepolitik ist es, auf europäischer Ebene den Städten jene Gestaltungs- und Entscheidungsmöglichkeiten zu geben, die ihrer wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und politischen Bedeutung entsprechen und zur Steigerung ihrer Leistungsfähigkeit beitragen. Dies erfordert eine Gestaltung der EU-Politik nach Gesichtspunkten umfassender Nachhaltigkeit und Umweltverträglichkeit. Neben der Berücksichtigung wirtschaftlicher Anforderungen muss daher auf

europäischer Ebene auch das Gesellschafts- und Sozialmodell weiterentwickelt werden. Diese Prinzipien sind das Leitmotiv für Wiens Engagement in der europäischen Städtepolitik.

STRATEGISCHE ZIELE

Integrative Politik und Programmgestaltung und Orientierung an den Bedürfnissen der Städte

Das Ziel Wiens im Rahmen der Städtepolitik ist es, ein breit getragenes Verständnis der Probleme und Potenziale der Städte zu entwickeln. Und somit ein Bewusstsein für die Rolle der verschiedenen AkteurInnen und die Kompetenzen der unterschiedlich betroffenen Institutionen. Im Mittelpunkt steht nicht die Kompetenzverlagerung von der städtischen auf die europäische Ebene, sondern die Gestaltung einer konstruktiven Partnerschaft zwischen EU, Mitgliedstaaten, Regionen und Städten. Für die Gesetzes- und Maßnahmenentwicklung müssen klare Konsultationsmechanismen geschaffen werden, damit sich Städte frühzeitig mit jenen EU-Vorhaben beschäftigen können, die sie direkt betreffen.

Wien setzt sich dafür ein, dass Städte gegenüber der Europäischen Kommission eine offizielle beratende Funktion erhalten. Förderprogramme sollen vereinfacht und vereinheitlicht werden und städtische Interessen quer durch alle Programme und Aktivitäten der EU berücksichtigt werden. In der Weiterentwicklung der Aktions- und Förderprogramme sollen mehrjährige Programme verstärkt werden. Für Projektmanagement und Monitoring sind einfache Strukturen zu schaffen. Die politische und fachliche Diskussion soll intensiv dafür genützt werden, in der Öffentlichkeit ein Bewusstsein für die europapolitische Dimension der Städte zu schaffen.

Wettbewerbsfähigkeit und wirtschaftliche Innovation

Die Attraktivität und Qualität des Wirtschaftsstandortes Europa hängt elementar mit der Prosperität, Innovationsfähigkeit und Dynamik seiner Stadtregionen zusammen. Europäischer Städtepolitik kommt die Aufgabe zu, wirtschaftliche Entwicklung im Einklang mit gesellschaftlicher Entwicklung und Umwelt nachhaltig zu fördern. Die Leistungsfähigkeit des gesamten europäischen Städtesystems muss durch wettbewerbliche Anreize und differenzierte Förderinstrumente gesteigert werden. Gleichzeitig ist eine ruinöse Konkurrenz zwischen den europäischen Städten durch Regulative und Strukturmaßnahmen zu verhindern. Europäische Städtepolitik hat somit eine besondere Verantwortung bei der Gestaltung von Rahmenbedingungen, die eine dauerhafte Balance zwischen Konkurrenz und Kooperation ermöglichen.

Wien unterstützt Strategien und Aktionen, die den europäischen Städten Anschluss an innovative Entwicklungen im globalen Maßstab ermöglichen. Dies vor allem um eine vielfältige, exportfähige, aber auch regional und lokal orientierte städtische Wirtschaftsstruktur zu konsolidieren. Dazu ist vermehrt ein chancenorientierter Ansatz zu verfolgen. Maßnahmen, die in den Städten präventives, langfristiges Handeln fördern, sind vermehrt zu entwickeln. Innerhalb dieser Innovationsstrategie setzt sich Wien im Besonderen für "Stadt- und Umwelttechnologien" ein, um zukunftsfähige städtische Entwicklung durch Ressourcenschonung und Ressourceneffizienz zu unterstützen und sich zugleich in einem innovativen Markt zu positionieren.

Beschäftigung und Qualifizierung

Um eine zukunftsfähige Entwicklung für die europäischen Städte sicherzustellen, muss sich europäische Städtepolitik zentral mit Beschäftigungsfragen und der Schaffung von zukunftsträchtigen und existenzsichernden Arbeitsplätzen befassen. Die dafür notwendige Strategie muss den wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Strukturwandel fördern und den Modernisierungsprozess unterstützen. Gleichzeitig muss sie wirksame städtische Konzepte und Projekte für die soziale und gesellschaftliche Bewältigung dieses Strukturwandels enthalten.

Wien setzt sich für gesamtstädtische Strategien und Maßnahmen ein, die als integrative Programmteile europäischer, nationaler und lokaler Beschäftigungsprogramme, Initiativen und Pilotprojekte wirksam werden. Wien will die europäische Beschäftigungspolitik forcieren, die auf den Erfahrungen und Erfolgen europäischer Modellversuche aufbaut. Besonderer gemeinschaftlicher Anstrengungen bedarf es bei der Schaffung qualitativ hochwertiger Aus- und Weiterbildungssysteme, die ihrerseits die Basis für eine zukunftsfähige Wirtschafts- und Arbeitsmarktentwicklung sind.

Integration und Abbau von Benachteiligung und sozialer Ausgrenzung

Die europäischen Städte müssen ihre Vielfalt an Kulturen und Lebensstilen bewahren und weiterentwickeln. Innovation und Kreativität sind zu unterstützen, Benachteiligung und Diskriminierung abzubauen. Gesellschaftliche Integration ist über Migration und Integration von ausländischen MitbürgerInnen hinaus eine gesamtpolitische Aufgabe.

Wien tritt dafür ein, dass europäische Städtepolitik Chancengleichheit zwischen Männern und Frauen, zwischen Jungen und Alten am Arbeitsmarkt und im gesamten städtischen Leben herstellt. Der Zugang zu Bildungs- und Sozialeinrichtungen, bei der Wohnungs- und Gesundheitsversorgung ist mit dem Ziel der Chancengleichheit zu verbessern. Das Zusammenleben zwischen verschiedenen Nationalitäten und Bevölkerungsgruppen ist bestmöglich zu gestalten. Die städtische Öffentlichkeit muss durch langfristige gemeinsame Kampagnen für die aktive Teilnahme an den Integrationsaufgaben gewonnen werden. Öffentliche und private Initiativen werden zu neuen Kooperationen finden müssen. Die Beteiligung der Betroffenen an Planungen und Projektumsetzungen ist zu fördern. Lokale Gemeinschaften sind in ihrem integrationsorientierten Engagement zu bestärken.

Erweiterung der Europäischen Union

Im Interesse eines zukünftig ausgewogenen polyzentrischen Städtesystems ist es eine vorrangige Aufgabe der europäischen Städtepolitik, die Städte der assoziierten mittel- und osteuropäischen Staaten auf die Integration in die EU offensiv vorzubereiten und in ihrem Integrationsprozess zu unterstützen. Städte an der EU-Außengrenze haben dabei eine besondere Verantwortung.

Grenzüberschreitende Städtekooperationen müssen verstärkt und spezielle Förderungen von Strukturanpassungen in den Städten dies- und jenseits der EU-Grenze forciert werden. Zukunftsfähige Stadtentwicklungsprojekte, die von MOEL- und EU-Städten gemeinsam konzipiert und umgesetzt werden, sollen die Vorbereitung der Integration unterstützen. Wien tritt dafür ein, dass die Städte der MOEL bereits zum jetzigen Zeitpunkt in die Strategieentwicklung der europäischen Städtepolitik eingebunden werden. Die Stadt Wien sollte die eigenen Erfahrungen mit

dem Beitrittsprozess an die mittel- und osteuropäischen Städte weitergeben.
Öffentliche Diskussion und Bewusstseinsbildung müssen offensiv geführt werden.

Nachhaltiges Stadtmanagement

Die aktuellen und die bevorstehenden Anforderungen für Stadtregionen sind wegen ihrer hohen Komplexität nur durch Interdisziplinarität und dynamische Arbeitsteilung zwischen öffentlichen und privaten Entscheidungsträgern zu lösen. Sowohl auf lokaler als auch auf europäischer Ebene.

Regionale Einheiten müssen für wechselseitige Chancenverstärkung und Problemlösungen besser genutzt werden. Dies erfordert eine Neuorientierung in den Strategien der städtischen aber auch regionalen Politik und Planung. Politische und administrative Entscheidungsprozesse und kooperative Finanzierungsformen müssen entsprechend adaptiert werden. Dafür sind in den europäischen Foren effiziente Kooperationsstrukturen zu entwerfen und modellhaft zu erproben.

1.2 Engagement für eine grenzüberschreitende Europaregion

Im Zuge des dynamisierten europäischen Einigungsprozesses wird die Wahrnehmung der Nachbarregionen immer wichtiger. Oft ist dieser Blick durch mögliche Veränderungen eingeengt, die als Bedrohung und nicht als Chance wahrgenommen werden. Für Wien und die Vienna Region wird es eine vordringliche Aufgabe werden, eine initiale Rolle in der kooperativen Entwicklung der transnationalen Region zu übernehmen.

Zentrale gemeinsame Interessen der staatsgrenzenüberschreitenden Europaregion sind Völkerverständigung, Friede, Entwicklung gemeinsamer Werte und die Stärkung der Konkurrenzfähigkeit auf internationaler Ebene. Diese gemeinsamen Ziele erfordern langfristige Kooperationen, die sich am gemeinsamen Nutzen orientieren, um Wirtschaftskraft sowie Lebens- und Umweltqualität in der Region zu erhöhen. Dies schließt eine offensive Politik zur Überwindung der Wohlstandskante an der Ostgrenze der Europäischen Union mit ein. Die Stadt Wien hat zur Unterstützung einer offensiven europäischen Städtepolitik Verträge mit den Städten Bratislava, Brno, Budapest, Ljubljana und Zagreb abgeschlossen, eine Kooperation, die mit den Städten Győr, Prag, Warschau, Krakau auszubauen ist.

Im Rahmen der Europäischen Union soll die erweiterte, integrative Förderinitiative Interreg III die Erfahrungen in der grenzüberschreitenden und transnationalen Zusammenarbeit absichern, vertiefen und ausbauen. Interreg III soll dazu beitragen, den Anpassungsprozess im Zuge der EU-Erweiterung im Bereich der Außengrenze zu beschleunigen. Das Zusammenwachsen der Regionen soll so in einer sozial- und umweltverträglichen Form bewältigt werden. Durch dieses Programm wird die kooperative Strategie Wiens auf gesamteuropäischer Ebene unterstützt.

Besondere Aufmerksamkeit muss künftig dem Raum Wien — Bratislava geschenkt werden. Nicht nur wegen seiner einzigartigen geopolitischen Situation in Europa, mit zwei Hauptstädten in unmittelbarer Nachbarschaft. Sondern auch wegen der zu erwartenden künftigen Entwicklungsdynamik dieser Region.

STRATEGISCHE ZIELE

Die Europaregion in die Köpfe bringen

Die gemeinsame Weiterentwicklung einer staatsgrenzenüberschreitenden Europaregion erfordert eine nach Innen wie nach Außen gerichtete Initiative bei der Entwicklung konkreter Kooperationsprojekte. Dabei sollen die in der Europaregion liegenden Städte und AkteurInnen aus Wirtschaft, Politik, Medien, und Forschung eingebunden werden. Dies verlangt gleichzeitig eine Offensive für Information und Bewusstseinsbildung. Eine bürgernahe Europapolitik muss dazu beitragen, auch die "Grenzen in den Köpfen" der Menschen abzubauen. Eine Schlüsselrolle im vielschichtigen Prozess der Bewusstseinsbildung kommt dem Bildungswesen, den Massenmedien und dem Kulturbereich zu.

Wien unterstützt die Entwicklung eines strukturierten Informations- und Meinungsaustausches, der eine wechselseitige Verständigung über Ausgangslagen und Problemlösungsstrategien ermöglicht. Dies beginnt mit dem Erarbeiten gemeinsamer Leitlinien. Setzt sich fort in gezielten Informationsangeboten in elektronischen Informations- und Kommunikationsnetzwerken wie Bürgerradio, aber auch in verstärkter Kooperation der Universitäten, gemeinsamen Schulprojekten. Und reicht bis zu räumlich-kultureller Identitätsstiftung (z.B. Kulturstraße Donau). Das in den Projektregionen vorhandene Potenzial in den Bereichen "Kultur" und "Medien" soll in neuen Formen der Kooperation zwischen AkteurInnen beider Schwerpunkte verstärkt werden.

Infrastrukturpolitik als Bestandteil einer zukunftsorientierten Raumordnungspolitik

Die Erweiterung der Europäischen Union erfordert bereits jetzt massive Reaktionen der österreichischen Wirtschafts- und Infrastrukturpolitik. Die Verkehrs-, Telekommunikations- und Energie-Infrastrukturentwicklung der betroffenen österreichischen Regionen muss unter Berücksichtigung der raumordnungspolitischen Ziele neuen Anforderungen angepasst werden.

Die Entwicklung Transeuropäischer Netzwerke (TEN) und deren Ausdehnung auf die mittel- und osteuropäischen Beitrittsländer sind eine wesentliche Voraussetzung für die erfolgreiche Entwicklung des Wirtschaftsstandortes Europa und sind daher zentrale Ziele der europäischen Verkehrspolitik. Daher ist ein leistungsfähiges intermodales Verkehrsnetz im zentral- und osteuropäischen Raum aufzubauen. In diesem Rahmen soll die Region Wien in ihrer Knotenfunktion gestärkt und die Möglichkeit für die intermodale Abwicklung der Güterverkehrs- und Personenverkehrsströme entscheidend verbessert werden. Vor allem durch eine transnationale Kooperation mit anderen Knoten. Dies erfordert die Anbindung Wiens an die Haupttrouten durch Zentral- und Osteuropa und eine funktionstüchtige Attraktivierung des TEN-Knotens Wien (vgl. dazu auch das strategische Projekt "*TEN-Knoten Region Wien*"). Die Entwicklung der Verkehrsinfrastruktur ist mit den angrenzenden Staaten abzustimmen. Für die Attraktivierung des öffentlichen Verkehrs wird weiters eine Ausweitung des Verkehrsverbundes Ostregion in den Raum Bratislava empfohlen.

Wien — "Makler" zwischen Ost und West

Neben InvestorInnen aus dem Westen sind für Wien InteressentInnen und InvestorInnen aus den MOEL und der GUS eine komplementäre Zielgruppe.

Ergänzend zu den Überlegungen einer "Transmission Richtung Osten" ist verstärkt eine "Transmission Richtung Westen" zu unterstützen (siehe auch Strategiefeld 2. Wien schafft neue Perspektiven für Wirtschaft und Arbeit, im besonderen Pkt. 2.1, Stärkung der Internationalisierung des Standortes).

Diesem strategischen Ziel dient im besonderen das strategische Projekt "CCC-Projekt. Grenzüberschreitende Wirtschaftskooperation". Dies wird ergänzt durch das in Wien angesiedelte Center of Legal Competence (CLC), eine juristische Know-how-Zentrale für ansiedlungsinteressierte Unternehmen. Begleitend dazu das transnational organisierte Projekt "Preparity": Zielgruppe dieses Projektes sind die politisch Verantwortlichen an der mitteleuropäischen EU-Außengrenze. Ihnen werden für die EU-Erweiterung wirtschafts- und regionalpolitische Entscheidungshilfen geboten.

Förderung endogener Potenziale

In einer Projektstrategie der kleinen Schritte sind verstärkt Anknüpfungspunkte an das Vorhandene zu suchen — wie z.B. das verfügbare Know-how über die Märkte der MOEL. Initiativen sind vorrangig massiv weiterzuentwickeln, wenn sie in hohem Maß mit den Intentionen und Interessen jener HauptakteurInnen übereinstimmen, die im Bereich der Gebietskörperschaften, der Wirtschaft, der Forschung und als InvestorInnen regional verankert sind. Wissenskompentenz und kulturelle Kompetenz werden zunehmend zu wichtigen Standortfaktoren und sind begleitend zur unmittelbaren Wirtschaftsstrategie grenzüberschreitend weiterzuentwickeln.

Zentrale Themenfelder müssen gemeinsam mit EntscheidungsträgerInnen in Politik und Wirtschaft wie auch MeinungsbildnerInnen und WissenschaftlerInnen bearbeitet werden. Dies betrifft etwa Themen wie Wirtschaftsstandort und Wettbewerb, Arbeitsmarkt, Beschäftigung, Infrastruktur, Ökologie und Umwelt. Für eine grenzüberschreitende Abstimmung arbeitsmarktrelevanter Politikfelder wird ein regionales Arbeitsmarktmonitoring für ostmitteleuropäische urbane Räume getestet. Frauenpolitische Themen sollen auch auf kommunaler und regionaler Ebene mehr Präsenz in der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit erhalten. Ein Beispiel dafür ist das Ost-West-Frauen Netzwerk "MILENA 2000", das auf Initiative der Stadt Wien vor zwei Jahren ins Leben gerufen wurde: Eine grenzüberschreitende Zusammenarbeit von frauenspezifischen Einrichtungen in Wien und in Städten der Grenzregion. Die Institutionen aus den Bereichen Verwaltung, soziale Dienstleistung und Forschung entwickeln dabei gemeinsame Projekte in den Bereichen Ausbildung, Arbeitsmarkt, Gesundheit, Gewalt und Stadtplanung.

Grenzüberschreitendes Ressourcenmanagement

Die Anpassung der Umweltstandards der Beitrittsländer an das EU-Niveau und deren gemeinsame zukunftsfähige Weiterentwicklung ist für die grenzüberschreitende Europaregion eine Herausforderung, die nur mit erheblichen Investitionen der Beitrittsländer möglich sein wird. Sie bietet daher eine Chance für Innovation in Wirtschaft, Stadt- und Umwelttechnologien. Effizienter Einsatz von Energie und Material soll Belastungen reduzieren und zugleich neue, auch ökonomisch interessante Potenziale erschließen.

Wien als Kompetenzzentrum für Stadt- und Umwelttechnologien will mit einem "Urban Technology Network" sein umfassendes Know-how für die Partnerstädte zugänglich machen. Die vorhandene Kompetenz soll auf infrastruktureller, technologischer und

organisatorischer Ebene vermittelt und in einem wechselseitigen Austauschprozess erweitert werden. Diesem Ziel gilt auch das Engagement der Stadt Wien als weltweites UNCHS-Best Practices Zentrum für Stadttechnologien und regionales Zentrum für Mittel- und Osteuropa. Die Nutzung von Solarenergie soll grenzüberschreitend forciert werden. Exemplarisch soll das Projekt "Ökoprofit" Wien-Győr dazu beitragen, negative Umweltauswirkungen von Betrieben in Wien und Győr durch integrierten Umweltschutz zu verringern. Mit Hilfe intensiver Kooperation zwischen Behörden, Betrieben und BeraterInnen.

1.3 Neue Qualität der Zusammenarbeit in der Vienna Region

Eine zukunftsfähige Entwicklung der Vienna Region und von Wien-Umland ist eine Voraussetzung dafür, dass Wien Wirtschaft, Soziales und Umwelt nachhaltig gestalten kann. Die Kernstadt ist verpflichtet, ihre Probleme nicht nach außen oder in die Zukunft zu verlagern. Dabei ist sie jedoch auf Zusammenarbeit und Unterstützung der sie umgebenden Region angewiesen.

Wettbewerb und Konkurrenz entwickeln sich verstärkt zwischen den Regionen als funktionellen und ökonomischen Einheiten. Daher müssen sich auch die Region und deren AkteurInnen gemeinsam als internationaler Standort profilieren. Die Marke "Vienna Region" für diesen Wirtschaftsstandort, an der die Bundesländer Wien, Niederösterreich und Burgenland beteiligt sind, kann dabei als Grundlage gelten, auf der gezielt aufzubauen ist. Die Konkurrenzsituation zwischen Wien und dem Umland muss abgebaut und der Standort Wien-Umland zu einem konkurrenzfähigen Standort in der größeren Region ausgebaut werden.

Zugleich muss zukunftsfähige regionale Entwicklung sicherstellen, dass die Positionierung im wirtschaftlichen Wettbewerb nicht zu negativen sozialen und ökologischen Folgen führt. Die Lösung der Probleme und die Umsetzung zukunftsfähiger Perspektiven können nur in einer gemeinsamen Strategie von Wien, den Umlandgemeinden, Niederösterreich und Burgenland erfolgen. Dies erfordert einen fairen, dynamischen und wettbewerbsfähigen Interessenausgleich über alle Politik- und Verwaltungsfelder hinweg.

In diesem Sinne ist bei allen Maßnahmen in Wien auf die Umland-Verträglichkeit zu achten, umgekehrt ist bei allen Maßnahmen im Umland zu fordern, dass auf die Wien-Verträglichkeit Rücksicht genommen wird.

STRATEGISCHE ZIELE

Nur wenn jeder Teil einer Region seine Stärken in eine gemeinsame Strategie einbringt, kann im internationalen Wettbewerb ein größerer gemeinsamer Nutzen erzielt werden. Damit eine langfristige Kooperation erfolgreich ist, muss im gesamten Prozess sichergestellt werden, dass sich alle drei Bundesländer — Wien, Niederösterreich und Burgenland — strategisch an einem Modell orientieren, das auf den Nutzen für die gesamte Region und damit wiederum auch auf Gewinn für die jeweils anderen Bundesländer abzielt.

Unter dieser Zielsetzung ist ein gemeinsames "Entwicklungsleitbild" für die Region zu formulieren, das identitätsstiftend wirkt, mit der Öffentlichkeit kommuniziert und von dieser auch mitgetragen werden kann. Dieses Entwicklungsleitbild sollte nicht nur

raumordnungspolitische, sondern auch wirtschaftliche und soziale Ziele beinhalten. Der Verknüpfung von Innovation, regionalen Kreisläufen, Ressourceneffizienz und Ressourcenschonung sollte dabei besondere Aufmerksamkeit gewidmet werden.

Verbesserung der Kooperation in der Region

Für die regionale Kooperation in der Vienna Region soll eine gemeinsame "Dachorganisation" geschaffen werden. Das Zusammenwirken der vorhandenen Einrichtungen und Aktivitäten soll verbessert werden, damit darauf aufbauend schrittweise eine gemeinsame effiziente Organisationsstruktur unter Einbeziehung der Gemeinden und Wiener Bezirke erarbeitet werden kann.

Eine erste Entwicklungsstufe sollte beispielhaft beinhalten:

- regelmäßigen und verbesserten Informationsaustausch
- projektbezogene und gemeinsame Planungs- und Umsetzungsverfahren auch in Form von Regionalmanagement (vgl. dazu auch das strategische Projekt *"Regionalmanagement Wien — Umland"*)
- Erweiterung des Kreises der einzubeziehenden AkteurInnen (v.a. Kleinregionen und Gemeinden und Wiener Stadtrandbezirke)
- Anpassung bestehender Verfahren und Instrumente (u.a. Regelungen betreffend Einkaufszentren)

Für die Präsentation und Vermarktung der Vienna Region soll die begonnene Kooperation der Wirtschaftsfonds der drei Bundesländer Wien, Niederösterreich, Burgenland und der Austrian Business Agency schrittweise zu einer stärkeren Zusammenarbeit vertieft werden — zunächst im Bereich des internationalen Standortmarketings und in der Folge zu einer gemeinsamen Ansiedlungspolitik. Weiters wird im Rahmen des INTERREG IIc-Projektes RDA-Net-CEDA die transnationale Kooperation mit den regionalen Entwicklungsagenturen der Nachbarstaaten vertieft.

Strukturelles und finanzielles Interessensmanagement

Eine wesentliche Voraussetzung für eine erfolgreiche Kooperation und eine zentrale strategische Aufgabe wird ein strukturelles und finanzielles Interessensmanagement darstellen. Es sind Mechanismen des Ausgleichs von Gewinnen und Verlusten aus der regionalen Kooperation zu entwickeln. Dabei soll das Spektrum von modifizierten Formen des Finanzausgleichs über bilaterale Verträge und andere Lösungen überlegt werden.

Stärkung regionaler Wissensbasis

Eine zukunftsfähige Entwicklung erfordert die Stärkung und Innovation der regionalen Wissensbasis. In Weiterführung des strategischen Ansatzes für Wien (siehe auch Pkt. 3.1, Wien stärkt seine Wissensbasis) müssen in einer kooperativen Strategie regionale Netzwerke für Wissensmanagement und die Entwicklung neuer Wissenscluster geschaffen werden. Dies ist mit der neuen europäischen Forschungsstrategie abzustimmen, die die Stärkung von "Learning Regions" durch gezielte Entwicklung von "Centers of Excellence" beabsichtigt.

Ausbau der Verkehrsinfrastruktur

Für eine wettbewerbsfähige regionale Standortpolitik und zur Lösung der wachsenden Verkehrsprobleme für die hier lebenden Menschen ist ein forcierter Ausbau der Verkehrsinfrastruktur nötig. Im Vordergrund steht der Ausbau der umweltverträglichen Verkehrsträger sowohl im Personen- als auch im Güterverkehr. Ziel ist es, die Mobilität in der Region mit möglichst geringen Umweltbelastungen sicherzustellen und gleichzeitig die Vienna Region als internationalen Standort zu stärken. Zukunftsfähige Verkehrsplanung in der Region erfordert die Kooperation aller maßgeblichen AkteurInnen. Dies schließt daher Verpflichtungen des Bundes und Kooperationen mit den ÖBB im Rahmen eines gemeinsamen Maßnahmenprogrammes mit ein (vgl. dazu auch das strategische Projekt "*Hauptbahnhof Wien*").

Um eine gleichberechtigte Teilhabe am Leben in der Region sicherzustellen, müssen Rahmenvorgaben für die Regionalentwicklung geschaffen werden — u.a. für die öffentliche Personenverkehrs-anbindung von Wohngebieten, die gute Erreichbarkeit von Arbeitsplätzen, Versorgungs- und Infrastruktureinrichtungen, sowie für Angebote von sozialen Dienstleistungen, Kultur, Freizeit und Weiterbildung. Bei der Planung und Gestaltung sind die unterschiedlichen Mobilitätsmuster der Menschen, die sich etwa aufgrund der noch immer bestehenden Hauptzuständigkeit von Frauen für die Familienarbeit ergeben, zu berücksichtigen. Insbesondere ist auf günstige Umsteigerelationen, v.a. in der Nacht, auf übersichtliche und einsehbare Wegverbindungen sowie auf den Aspekt der Sicherheit in öffentlichen Räumen zu achten. Dabei wird sich die Einbindung bestehender Erfahrungen einer Planung und Gestaltung aus alltagsgerechter Sicht als vorteilhaft für alle BenutzerInnen erweisen.

Regionale Standortpolitik für Großprojekte

Eine gemeinsame internationale und regionale Standortpolitik sowie eine zukunftsorientierte Entwicklungspolitik der Vienna Region erfordern eine abgestimmte Vorgangsweise bei der Umsetzung von Großprojekten. Dies soll durch die Schaffung geeigneter Informations- und Abstimmungsmechanismen, Fachprogramme und Entwicklung bzw. Abstimmung entsprechender regulierender Instrumente erfolgen.

Koordinierte Siedlungspolitik in der Region

Eine koordinierte Siedlungspolitik in der Vienna Region soll den Stadtentwicklungsplan Wien, das Siedlungspolitische Leitbild Ostregion und das regionale Raumordnungsprogramm Wien-Umland berücksichtigen. Dafür sind verstärkte Anstrengungen nötig, um die darin festgelegten Ziele zu erreichen und die dazu erforderlichen Maßnahmen in den jeweiligen Bereichen umzusetzen. Neben der Kooperation der betroffenen Bundesländer und Institutionen müssen dazu insbesondere die Kleinregionen bzw. Gemeinden eingebunden werden, um Informationsdefizite zu beheben, eine Vertrauensbasis zu schaffen und gemeinsame Maßnahmen zu entwickeln. Dafür sollen moderierte Planungsverfahren und gemeinsame strategische Projekte entwickelt werden.

Für dieses Ziel sind konkrete Strategien und Instrumente zur Umsetzung zu formulieren. Der Wachstums- und Entwicklungsdruck soll aus dem Wiener Umland in die gewachsenen Städte außerhalb des Wiener Umlandes gelenkt werden, um die weitere Zersiedelung und Zerstörung der Landschaft zu verhindern. Das bedeutet nicht nur eine aktive Entwicklungspolitik in den ausgewählten Städten und zentralen Orten, sondern vor allem eine restriktive Siedlungs- und Entwicklungspolitik außerhalb der Einzugsbereiche der hochrangigen öffentlichen Verkehrsmittel. Damit sollen Siedlungsstrukturen geschaffen werden, die keinen Zwang zum Auto mit sich bringen.

Landschaftsplanung und Grünraumsicherung

Ein substantieller Faktor der Standortqualität in der Vienna Region ist das Gleichgewicht zwischen wirtschaftlicher Prosperität, Wettbewerbsfähigkeit, sowie Lebens- und Umweltqualität in einem attraktiven Natur- und Kulturraum. Daher spielt der sorgsame Umgang mit dem Landschafts- und Grünraum für die weitere Entwicklung der Vienna Region eine entscheidende Rolle (siehe auch Pkt. 4.1, Schutz und Aufwertung des Naturraumes).

Empfohlen wird beispielsweise eine Stärkung und Vernetzung der Nationalparke Neusiedlersee/Seewinkel und Donauauen durch weiterführende Grünzüge, Kulturelemente und Einrichtungen des sanften Tourismus. Für Wiener Bezirke und Umlandgemeinden sollten Landesgrenzen überschreitend in einem Wald- und Wiesengürtel landwirtschaftliche Kulturlächen vernetzt und Grünflächen- sowie Erholungs- und Freizeitnutzungen geschaffen werden.

2 Wien schafft neue Perspektiven für Wirtschaft und Arbeit

LEITIDEE

Wien steht als Wirtschaftsstandort im Wettbewerb mit anderen Stadtregionen der hochentwickelten Industrieländer. Dabei können vor allem in folgenden Bereichen Wettbewerbsvorteile erzielt werden: bei technologie- und know-how-intensiven Fertigungsprozessen in der Sachgüterproduktion sowie bei hochwertigen, oft auch international handelbaren Dienstleistungen. Diese meist wertschöpfungsintensiven Aktivitäten erfordern eine Konzentration komplementärer und in ihrer Ausrichtung verbundener Unternehmen. Dies soll gewährleisten, dass höhere Informationsdichten und Vernetzungsvorteile erreicht werden.

Wien ist im Vergleich zu anderen europäischen Städten von einer stark diversifizierten Wirtschaftsstruktur geprägt. Diese strukturelle Breite der Stadtwirtschaft muss gesichert werden. Innerhalb der Branchen gilt es jedoch, eine stärkere Spezialisierung zu jenen Funktionen zu betreiben, für die spezifische Standortvorteile bestehen.

Der wichtigste Standortvorteil Wiens, der durch die bevorstehende Erweiterung der Europäischen Union zusätzlich an Bedeutung gewinnen wird, ist die neue geopolitische Lage der Stadt in Ostmitteleuropa. Die Wiener Wirtschaftspolitik und eine entsprechend koordinierte Arbeitsmarktpolitik müssen diesen Lagevorteil Wiens durch eine Spezialisierungsstrategie als Transaktionszentrum Ost-West nutzen und weiter ausbauen (vgl. dazu Punkt 1.2 Engagement für eine grenzüberschreitende Europaregion). Gleichzeitig müssen die Potenziale einer sektoralen Spezialisierung gezielt entwickelt werden.

Das wirtschaftspolitische Leitbild zielt auf Wettbewerbsfähigkeit der Wiener Wirtschaft und zugleich auf ein hohes Maß an Beschäftigung ab. Dies ist daher Grundlage für die wirtschaftspolitische und für die arbeitsmarktpolitische Strategie. Ziele dieser Strategie sind die konsequente und kontinuierliche Reduzierung der Arbeitslosigkeit, die weitere Erhöhung der Attraktivität des Wirtschaftsstandortes Wien, die Schaffung zusätzlicher Beschäftigungsmöglichkeiten und die Förderung der Chancengleichheit für Männer und Frauen. Dies soll durch eine Kombination von wirtschaftspolitischen und arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen erreicht werden.

Insgesamt muss eine innovative Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik zur Weiterentwicklung des in Wien einzigartigen Gleichgewichts zwischen wirtschaftlicher Prosperität, Wettbewerbsfähigkeit und sozialer und ökologischer Qualität beitragen.

2.1 Stärkung der Internationalisierung des Standortes

Kern des Leitbildes der Wiener Wirtschaftspolitik ist eine funktionale Spezialisierung innerhalb eines breiten Sektorenbündels. Besonderes Augenmerk kommt dabei der Verknüpfung der Märkte der entwickelten Marktwirtschaften mit jenen der Transformationsländer zu. Die Wiener Wirtschaftspolitik muss sich mit Hilfe grenzüberschreitender Produktionsnetze intensiver an den neuen Märkten der MOE-Länder orientieren, um damit auch Innovation, Kernkompetenzen und Wettbewerbsfähigkeit für die westeuropäischen Märkte weiterzuentwickeln.

Ergänzend dazu ist eine Spezialisierung in jenen Teilbereichen sinnvoll, in denen sich eine europaweite Standorthierarchie bisher noch nicht verfestigen konnte und in denen Wien auf vorhandene Potenziale aufbauen kann. Dies gilt z. B. für Teile der

Biotechnologie, der Medizintechnik, der Umwelttechnologien, des Pharmabereiches, der Verkehrstechnik und Telekommunikation. Die Strategie funktionaler Spezialisierung ist also durch eine Strategie sektoraler Spezialisierung (Clusterbildung) zu ergänzen.

Erfolgreiche Clusterbildung setzt ein breites Spektrum von Unternehmensdiensten voraus, die notwendige Beratungs- und Informationsleistungen bereitstellen. Die Entstehung der notwendigen kritischen Masse ist durch gezielte Ansiedlung und Zusammenführung wirtschaftlicher Aktivitäten bzw. AkteurInnen, sowie durch qualitätssteigernde Infrastrukturmaßnahmen zu fördern. Die traditionell eher industriepolitische Ausrichtung der kommunalen Wirtschaftspolitik muss daher durch eine gezielte Dienstleistungspolitik ergänzt werden.

In der strategischen Ausrichtung ist zu beachten, dass sich Wien in den geplanten Clustersegmenten in einem heftigen Wettbewerb mit anderen europäischen Städten befindet. Dieser internationale Wettbewerb erfordert intensivere Anstrengungen, um die Qualität und Imagebildung des Standortes Wien zu steigern. Über die mit der Bodenbereitstellung verbundene Sicherstellung "klassischer" physischer Infrastruktur hinaus wird zunehmend auch das Angebot unternehmensbezogener Infrastrukturleistungen notwendig. Diese reichen vom Ausbau hochwertiger Telekommunikationseinrichtungen über Serviceeinrichtungen und spezialisierte Qualifikationsangebote bis hin zur Bedeutung des Wohn- und Freizeitwertes. Zusätzlich zu materieller Qualitätssteigerung müssen Imagebildung und Vermarktung verbessert werden.

STRATEGISCHE ZIELE

Positionierung Wiens als überregionaler Dienstleister

Die anvisierte Positionierung Wiens als Hauptstadt des Transformationswissens setzt die Erhaltung, vor allem aber die rasche Weiterentwicklung der Ost-West-Kompetenz voraus. Um eine führende Rolle in dieser Kompetenz erreichen zu können, ist ein Kriterium entscheidend: Zusätzlich zur klaren politischen Befürwortung der EU-Erweiterung muss in einer intensiven öffentlichen Auseinandersetzung schon im Vorfeld der wirtschaftliche und gesellschaftliche Nutzen sichtbar gemacht werden.

Für die Weiterentwicklung zum überregionalen Dienstleistungszentrum mit besonderem Know-how in Bezug auf die neuen Märkte im Osten muss sich Wien verstärkt um die Ansiedlung von EU-Institutionen bemühen, die den Prozess der Osterweiterung der EU begleiten, steuern und weiter profilieren. Zudem sind attraktive Angebote für regionale Headquarters internationaler Konzerne zu schaffen, die von Wien aus die neuen Märkte bearbeiten oder Produktionseinheiten in diesen Ländern steuern (siehe auch Pkt. 1.2, Engagement für eine grenzüberschreitende Europaregion).

Unterstützung der Internationalisierung von Wiener Unternehmen

Eine Spezialisierung Wiens als Transaktionszentrum in der europäischen Städtehierarchie erfordert den Auf- und Ausbau spezifischer Standortvorteile. Grundlage dafür ist die hohe Informationsdichte über die neuen Märkte Ost- und Mitteleuropas, die konkrete Vernetzung der AkteurInnen im Großraum und ein Angebot komplementärer Leistungen, die das Bearbeiten der neuen Märkte erleichtern.

Grenzübergreifende Kooperationen auf Unternehmensebene sind unter Nutzung einschlägiger EU-Programme zu fördern. Die Internationalisierungsanstrengungen heimischer kleiner und mittlerer Unternehmen (KMUs) sind vor allem mit Blickrichtung auf die neuen Märkte Ostmitteleuropas zu unterstützen. Spezialisierte Dienstleistungsangebote mit besonderem Ost-Know-how müssen gebündelt und besser vermarktet werden (vgl. dazu auch das strategische Projekt "*CCC-Projekt. Grenzüberschreitende Wirtschaftskooperation*").

Verbesserung der Rahmenbedingungen für betriebliche Aktivitäten

Eine dringliche Aufgabe ist es, rasch eine bessere Übereinstimmung zwischen der "Innensicht" der Standort- und Ansiedlungspolitik Wiens und ihrer "Außensicht" herzustellen. Dies vor allem, um eine effiziente Standortentwicklung mit marktkonformen Angeboten und Dienstleistungen sowie international erfolgreichen Marketingmaßnahmen realisieren zu können. Eine verstärkte Serviceorientierung der spezifischen Einrichtungen, aber auch der Verwaltung selbst, ist eine zentrale Dienstleistungsqualität für InvestorInnen und Unternehmen.

Produkt- und Prozessinnovation ist zu stärken, Qualitätsbewusstsein für hochwertige Produktsegmente zu fördern. Dies erfordert u.a. die Anpassung von Subventionen, Steuern, Normen und Regulierungsvorschriften. Jene Rahmenbedingungen sind weiterzuentwickeln, die den Aufbau konkurrenzfähiger Strukturen bei den AnbieterInnen unternehmensbezogener Dienste unterstützen. Public Sector Management zur Effizienzsteigerung im Verwaltungsablauf gilt es zu forcieren (vgl. dazu auch das strategische Projekt "*Verwaltungsmodernisierung*"). Vor allem für KMUs sind Kooperationen und Netzwerke zu fördern.

Förderung kleiner und mittlerer Unternehmen (KMUs)

Bestehende Betriebe sollen vor allem in Internationalisierungsmaßnahmen unterstützt werden. Gleichzeitig sind Neugründungen und Neuansiedlungen zu forcieren.

Wichtige Instrumente zum Aufbau eines "Gründungsklimas" sind:

- bestehende finanzielle Anreize (Risikokapitalfonds, Förderprogramme des Wiener Wirtschaftsförderungsfonds)
- administrative Erleichterungen (konzertierte Abwicklungen, "One Stop Shops")
- koordinierte Beratung (finanzielle, rechtliche Fragen)
- Wissenstransfer, Technologietransfer.

Schwerpunktprogramme im Technologiebereich sollen mit Förder- und Unterstützungsprogrammen im Bereich der Aus- und Weiterbildung und der Arbeitsorganisation gekoppelt werden. Netzwerke von BetriebsgründerInnen sind aufzubauen bzw. zu unterstützen. Ergänzend zu den bereits bestehenden Förderinstrumentarien ist Venture/Seed-Capital für in Wien vorhandenes unternehmerisches Potenzial zu aktivieren (vgl. dazu auch die strategischen Projekte "*Knowledge Base Vienna*" und "*Technologie- und Zukunftsfonds*").

Die im Wirtschaftsleitbild verankerte funktionelle Spezialisierung Wiens durch verstärkte Orientierung in Richtung mittel- und osteuropäische Länder bedarf im Bereich der KMUs entsprechender Schwerpunktsetzungen. Wie etwa die Entwicklung attraktiver Angebote für ausländische Arbeitskräfte, gezielte Nutzung der Kompetenz von Wienerinnen und Wienern mit osteuropäischer Muttersprache, entsprechendem Kultur Know-how und Kontakten in diese Regionen, Verstärkung von

Austauschprogrammen oder die Einrichtung eines Leiharbeitskräftepools für "OstexpertInnen" (siehe auch Pkt. 5.1, Stadt des Miteinander).

Optimierung der langfristig wirksamen Infrastrukturen

Die Entwicklung der harten Standortfaktoren ist weiter voranzutreiben. Im Bereich der Verkehrsinfrastruktur ist der geplante Ausbau eines TEN-Knotens und von Güterverkehrszentren eine wichtige Grundlage dieser Entwicklung.

Um Wien einen spezifischen Standortvorteil zu verschaffen, bedarf es spezieller und langfristig orientierter Infrastrukturinvestitionen. Vor allem im Verkehrsbereich — aber auch für den Telekommunikations- und F&E-Bereich müssen entsprechende Rahmenbedingungen geschaffen werden.

Innovationen durch eine effiziente Wissens- und Technologiepolitik

Eine Voraussetzung für die Unterstützung neuer Aktivitäten und Umsetzung von Innovationen in der Praxis ist eine effiziente Wissens- und Technologiepolitik. Der Wissenstransfer von den Universitäten und Forschungsinstituten zu den Unternehmen muss verbessert werden. Auch ist die Entwicklung neuer Modelle im Technologietransfer zu unterstützen. Die Gründungsaktivitäten in Wien sind durch Ausweitung und vor allem flexiblere Gestaltung von Beratungsprogrammen zu forcieren. Gleichzeitig gilt es, dabei auch vorhandenes Wissen und bestehende Erfahrungen aus nicht-traditionellen Wissens- und Technologiebereichen im weiteren Sinn zu unterstützen und zu nutzen. Beispielsweise auf der Ebene der ethnischen Ökonomien, also jener Wirtschaftsbereiche, die v.a. durch ZuwandererInnen getragen werden. Auch in gemeinnützigen Bereichen, wie den sozialen Dienstleistungen, kann das vorhandene Potenzial an Wissen und Erfahrung noch besser im Sinne innovativer, auch grenzüberschreitender, Wirtschaftskooperationen entwickelt werden.

Weiterentwicklung von Clusterbildungen

Die Schaffung eines innovativen Milieus ist der erste Schritt zu neuen Clustern. Dazu ist das regionale Unterstützungssystem im Sinne einer strategisch-prozesshaften Wirtschaftspolitik hinreichend flexibel zu gestalten. Vor allem um eine sofortige Unterstützung zu ermöglichen, sobald aus den dabei entstehenden neuen Aktivitäten Ansatzpunkte für eine Clusterbildung erwachsen.

Die Bemühungen zur Clusterbildung auf den Gebieten der "Stadt- und Umwelt-Technologien" sowie der Medizin- und Biotechnologie sind fortzusetzen.

Angesichts der europäischen und internationalen Konkurrenz und des Wettbewerbs um InvestorInnen bedarf die angestrebte Clusterbildung im Bio- und Medizintechnologiebereich einer starken Mobilisierung öffentlicher Mittel sowie eines offensiven Stadtmarketings. Ein positives Beispiel ist die Erweiterung des Bio-Center Vienna im Bereich Dr.-Bohr-Gasse (vgl. dazu auch das strategische Projekt "*Entwicklung Wiens zum Biotechnologiestandort*").

Abstimmung von Standortpolitik und Strukturpolitik

Bei der Entwicklung von vorhandenen Flächenpotenzialen muss eine klare und an den stadtentwicklungs- und wirtschaftspolitischen Zielen orientierte Schwerpunktsetzung erfolgen. Funktionierende städtische Versorgungsstrukturen (z. B. gewachsene Geschäftsstraßen und -zentren) sollen erhalten und ausgebaut werden (vgl. dazu auch das strategische Projekt "*Innerstädtische Zentren und Geschäftsstraßen*"). Gleichzeitig sollen gemischte Nutzungen auch in den dicht

bebauten Stadtgebieten erhalten bleiben, um eine ausgewogene Stadtstruktur zu erzielen.

Dies erfordert eine restriktive Handhabung der Umwidmung von Betriebsbaugebieten im dichtbebauten Stadtgebiet in Abstimmung mit dem Betriebsflächenprogramm und den Erfordernissen der Erhaltung und Verbesserung der Wohnqualität. Gleichzeitig sind neue Instrumente zu entwickeln und die bestehenden anzupassen, um gemischte Nutzungsstrukturen zu fördern.

Die Entwicklung von Einkaufszentren außerhalb definierter Entwicklungsachsen ist restriktiv zu handhaben. Dafür sind gemeinsame Regelungen auf regionaler Ebene herzustellen.

Umsetzung der Wiener Standortpolitik — Stadtstrukturverbesserung

Ein erfolgreiches Agieren im internationalen Standortwettbewerb und die Umsetzung der stadtentwicklungspolitischen Zielsetzungen erfordern auch ein entsprechendes bodenpolitisches Instrumentarium bzw. begleitende Raumordnungsinstrumente. Die Schwerpunkte dabei sind: innere Stadtentwicklung, gemischte Stadtstruktur, Stadtentwicklung in den vorgesehenen Entwicklungsachsen, ausreichender, qualitativvoller und leistbarer Wohnraum, adäquate Infrastruktur und ausreichende Erholungsflächen. Die Stadt Wien besitzt zwar einige wesentliche privatwirtschaftliche Instrumente — insbesondere den Wiener Wirtschaftsförderungsfonds, sowie den Wiener Bodenbereitstellungs- und Stadterneuerungsfonds - und gesetzlich normierte Instrumente, vorwiegend im Bereich der Raumordnung. In Bezug auf die generelle bodenpolitische Strategie erscheinen diese allerdings ergänzungswürdig — nicht zuletzt wegen der zunehmenden Beschränkung der öffentlichen Haushalte. Es sollte daher das bodenpolitische Instrumentarium in Zusammenhang mit einer Verbesserung der Zugriffsmöglichkeiten auf stadtpolitisch entwicklungswürdige Flächen zu adäquaten Bodenpreisen überprüft und in adäquater Form an die zeitgemäßen Bedürfnisse angepasst werden.

Verstärkte Imagebildung von Standorten

Standortpolitik muss für den produktiven Bereich und für produktionsorientierte DienstleisterInnen vermehrt Adressen mit den dafür notwendigen technischen, aber auch "weichen" und "symbolischen" Standortfaktoren (z.B. Angebote für urbane Wohn- und Lebensformen) schaffen. Dazu sind gezielt ausgewählte größere Gebiete zu entwickeln. Imageverbesserung und Aufwertung der Bezirke nördlich der Donau als Betriebsstandorte ist ein Ziel in der gesamtstädtischen Entwicklung.

Weiterentwicklung von Koordination und Management

Für die Optimierung Wiens als internationaler Wirtschaftsstandort, aber auch für die gezielte Entwicklung der Stadt ist die Erstellung eines vermarktbareren Standortpaketes notwendig. Dieses soll ein Angebot strategisch wichtiger Entwicklungsflächen für potenzielle InvestorInnen bereitstellen und klare Prioritäten beinhalten. Diese sind anhand einer umfassenden Bewertung nach Standortqualität, konkreter Umsetzungseignung, stadtwirtschaftlichem Effekt, Infrastrukturausstattung, Grundstücksverfügbarkeit und Fristigkeit der Entwicklungsmöglichkeit zu erstellen. Daher ist eine Optimierung des Standort- bzw. Flächenmanagements in Wien erforderlich: Für die Koordinierung der Erstellung dieses Standortpaketes, zur internationalen Vermarktung sowie zur Sicherstellung einer straffen, gleichzeitig aber auch qualitativvollen Umsetzung.

Für die Umsetzung gemischter Strukturen ist die Flexibilität bei der Bereitstellung und Entwicklung von Grundstücken zu erhöhen. Im Sinne einer effizienten und zielgerichteten Standortpolitik bei der Festlegung der Entwicklungsschwerpunkte, der Flächenwidmung, Infrastrukturbereitstellung, Verfahrensabwicklung und Finanzierung (z.B. von Infrastrukturmaßnahmen) muss die Zusammenarbeit zwischen dem Magistrat der Stadt Wien und den beiden Fonds weiter optimiert werden. Vorhandene oder leicht ausbaubare Verkehrsinfrastruktur soll bei der Zuordnung der Nutzungen besser berücksichtigt werden (siehe auch Pkt. 4.3, Managementorientierung in der Planung).

2.2 Innovationen in der Arbeitsmarktpolitik

Die Bekämpfung von Arbeitslosigkeit sowie die Schaffung und Sicherstellung von Beschäftigungsmöglichkeiten müssen im Vordergrund der wirtschaftspolitischen Strategie Wiens stehen. Erwerbsarbeit ist nicht nur die Basis für individuellen, sondern auch für gesellschaftlichen Wohlstand. Zentrale Aufgabe ist es daher, die Erwerbsquote zu erhöhen, um damit allen Menschen die aktive Teilnahme am Erwerbsleben zu ermöglichen. Arbeit bedeutet aber nicht nur die Sicherstellung von Einkommen, sie ist auch ein wesentlicher Faktor der gesellschaftlichen Integration. Gesellschaftlichen Spaltungs- und Polarisierungstendenzen kann durch die Einbindung möglichst vieler Menschen in einen regelmäßigen und sozial abgesicherten Arbeitsprozess entgegengewirkt werden.

Arbeitslosigkeit ist ein Brachliegen gesellschaftlicher Ressourcen und daher in direkter und indirekter Weise eine Wohlstandsminderung der Gesellschaft. Gleichzeitig ist aber auch die Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit der Wiener Wirtschaft ganz entscheidend von einem funktionierenden Arbeitsmarkt abhängig. Es müssen Maßnahmen gesetzt werden, die die Beschäftigungschancen erhöhen — dies vor allem angesichts des wirtschaftlichen Strukturwandels, der technischen und organisatorischen Veränderungen in der Arbeitswelt, des zunehmenden Drucks durch den globalen Wettbewerb und der neuen Herausforderungen in Zusammenhang mit der Erweiterung der Europäischen Union. Vorausschauende Arbeitsmarktpolitik muss mit der Entwicklung der Wissensgesellschaft abgestimmt werden und Bildung und Qualifikation forcieren (vgl. Strategiefeld 3, Wien investiert in Wissen, Bildung und Kultur). Es ist aber auch eine arbeitsmarktpolitische Strategie notwendig, die flexible, aber auch sozialstaatlich gesicherte Übergänge ermöglicht: zwischen verschiedenen Erwerbs- und Arbeitszeitformen sowie zwischen Erwerbsarbeit und anderen gesellschaftlich oder persönlich nützlichen Aktivitäten (wie Lernen, Erziehen, kulturellem Gestalten, sozialem Engagement).

Wien zeichnet sich im Vergleich zu anderen europäischen Städten durch ein hohes Maß an Beschäftigung und geringe Arbeitslosigkeit aus. Trotzdem erfordern die Situation der Wiener Wirtschaft und die Entwicklung und Struktur der Arbeitslosigkeit eine gemeinsame Initiative aller Organisationen und Einrichtungen, die für ein hohes Maß an Beschäftigung und die Wettbewerbsfähigkeit der Wiener Wirtschaft Verantwortung tragen.

STRATEGISCHE ZIELE

Stärkung von öffentlich-privater Partnerschaft

Kooperationen zwischen Stadt, Sozialpartnern und privatwirtschaftlichen AkteurInnen sind weiter auszubauen. Angesichts sich rasch ändernder Bedingungen sind themenbezogene Koalitionen auf Zeit und die Zusammenarbeit in wechselnden Besetzungen zu verstärken. Wobei individuelle AkteurInnen (Unternehmen, Initiativen, Einrichtungen) stärker einbezogen werden sollen. Unternehmen sind dabei gefordert, sich im Rahmen von öffentlich-privater Partnerschaft in gemeinsame Strategien einzubringen. Dies gilt z.B. für lokale Bündnisse für Arbeit, für die Beteiligung an Ausbildungspakten, aber auch an Einrichtungen des Innovations- und Technologietransfers.

Mit dem Wiener ArbeitnehmerInnenförderungsfonds (WAFF) hat Wien in der aktiven Arbeitsmarktpolitik eine innovative Einrichtung, die über Österreichs Grenzen hinaus Beispielcharakter hat. Der WAFF und dessen strategische Weiterentwicklung ist wegweisend: Durch die Bündelung der Maßnahmen, die gemeinsame Trägerschaft der Stadt Wien, des Österreichischen Gewerkschaftsbundes, der Arbeiterkammer Wien, der Wirtschaftskammer Wien, des AMS Wien und privater AkteurInnen. Ein wesentliches Element der Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik muss die Förderung der Selbstorientierungs- und Selbstlernfähigkeit der wirtschaftlichen AkteurInnen sein.

Gezielte Unterstützung von Innovation

Innovationen in der Wirtschaft müssen die Grundlage für eine aktive Arbeitsmarktpolitik, für die Erhaltung bestehender und die Schaffung neuer Arbeitsplätze bilden. Wichtige Elemente einer aktiven Arbeitsmarktpolitik sind Qualifikation und Weiterbildung (vgl. Punkt 3.1 Wien stärkt seine Wissensbasis), gezielte Unterstützung des Dienstleistungsbereiches, Innovations- und Technologieförderung, Entwicklung von Kompetenzzentren, Netzwerken und Clusterbildung und vor allem Unterstützung und Förderung von Unternehmensgründungen. In der Prioritätensetzung ist bei wirtschaftsfördernden Maßnahmen deren Beschäftigungswirksamkeit verstärkt zu berücksichtigen (vgl. dazu auch das strategische Projekt "*Cluster Support Programm. Neue Wege zum Personalaufbau in Wachstumsbranchen*").

Ausbau von Erwerbsmöglichkeiten für Frauen

In der Struktur- und Arbeitsmarktpolitik muss der Ausbau von Erwerbsmöglichkeiten für Frauen gezielt gefördert werden.

Die Beschäftigungsförderung soll Unternehmen Impulse geben, einzeln oder im Verbund ergänzende Qualifizierungen für Berufsrückkehrerinnen sicherzustellen sowie Kinderbetreuungseinrichtungen zur Verfügung zu stellen. Eine wichtige Aufgabe ist die Integration von Zuwandererinnen in den Arbeitsmarkt.

Neue Beschäftigungsperspektiven für die Jugend

Querschnittsorientierte Politik muss junge Menschen in allen Bereichen des urbanen Lebens als gleichberechtigte PartnerInnen gewinnen. Eine chancenorientierte Strategie muss es jungen Menschen rechtzeitig ermöglichen, Verantwortung für sich selbst zu übernehmen, in die Arbeitswelt eingebunden zu werden und Ziele für die Zukunft zu entwickeln. Im Einklang mit der Entwicklung einer "Wissensgesellschaft"

müssen neue Bezüge zwischen Ausbildung, Beruf und lebenslangem Lernen geschaffen werden (vgl. dazu Strategiefeld 3, Wien investiert in Wissen, Bildung und Kultur).

Verbesserte Rahmenbedingungen für Unternehmensgründungen sollen die Beschäftigungsperspektiven für die Jugend erhöhen. Es gilt, ein innovatives Klima für neue Befähigungen und Berufsfelder zu schaffen. Weiters ist eine stärkere Orientierung von Ausbildung und Schule an wissensbasierten Entwicklungen gefordert sowie die Unterstützung von Job-Trainings-Modellen.

Die Berufsorientierungen von weiblichen und männlichen Jugendlichen sind noch immer sehr rollenbezogenen — sowohl im Bereich der Lehrausbildung, aber auch bei den weiterführenden Ausbildungen bis hin zu Fachhochschulen und Universitäten. Daher sind gezielt Maßnahmen zu setzen, die Mädchen und junge Frauen in der Wahl nicht-traditioneller Berufsausbildungen unterstützen, genauso aber — im Sinne von Gender Mainstreaming — sollen männliche Jugendliche darin bestärkt werden, pädagogische und soziale Berufe zu ergreifen.

Bekämpfung von Arbeitslosigkeit

Eine Verringerung der Arbeitslosigkeit, vor allem der Langzeitarbeitslosigkeit, erfordert langfristige Perspektiven und Strategien, die im Rahmen der budgetären Möglichkeiten gleichzeitig auf mehreren Ebenen ansetzen. Wien muss durch Attraktivierung seines Wirtschaftsraumes bestehende Arbeitsplätze sichern und zusätzliche Arbeitsplätze schaffen. Neben der Unterstützung der von Arbeitslosigkeit Betroffenen ist eine bedarfsorientierte Weiterbildung notwendig. Auch um Qualität und Innovation am Arbeitsmarkt sicherzustellen.

Zur Erhöhung der Reintegrationschancen und des Qualifikationsniveaus von arbeitslosen Personen sind Berufsorientierungs-, Qualifizierungs- und Integrationsmaßnahmen zu setzen. Dabei muss der Praxisbezug von Weiterbildungsmaßnahmen gewährleistet sein. Sinnvolle Möglichkeiten, bestehende Arbeit durch neue Arbeitsorganisationsmodelle partiell neu aufzuteilen, sollen genutzt werden — im Konsens zwischen ArbeitnehmerInnen und ArbeitgeberInnen.

Die Möglichkeiten zusätzlich marktwirtschaftliche Nachfrage nach Arbeitskräften zu schaffen sind begrenzt. Daher kann und darf die Zielsetzung aktiver Arbeitsmarktpolitik nicht allein die Integration oder Reintegration in den ersten Arbeitsmarkt sein. Die Weiterentwicklung des "zweiten Arbeitsmarktes" — eines Arbeitsmarktes, in dem die Lohnarbeit, die verrichtet wird, nicht vollständig aus dem Preis der erstellten Produkte bezahlt werden kann — ist ein wichtiger Aufgabenbereich kommunaler Arbeitsmarktpolitik. Mit dem Ziel der Verbesserung der Qualität des Lebensraumes Wien, gesellschaftlicher Sinnstiftung und sozialer Integration. Ziel dieser Initiativen ist in der Folge ein Wechsel dieser Menschen in den ersten Arbeitsmarkt.

Neue Beschäftigung in sozialen Diensten

Der Bereich der sozialen Dienstleistungen ist ein wachsender Sektor und entwickelt sich daher verstärkt als Arbeitsplatzpotenzial. In der Betreuung älterer Personen, die weiter an Bedeutung gewinnen wird, ist eine Anpassung der Angebote, aber auch eine Verbesserung der sozialen und kulturellen Teilhabe vorzunehmen. Die Angebote in der Kinderbetreuung müssen mit zunehmender Flexibilisierung des Arbeitslebens differenzierter gestaltet werden. Haushalts- und Nachbarschaftsdienste sind auch in

Hinblick auf soziale Integration zu unterstützen. Für die Gruppe der arbeitslosen Personen mit Erwerbseinschränkungen sind innovative Beschäftigungsmöglichkeiten zu entwickeln.

Die Stadt Wien als Motor für innovative Arbeitsformen

Die Arbeitsgesellschaft wird in den nächsten Jahrzehnten fundamentale Veränderungen erfahren, deren Wirkungen heute schon durch experimentelles Gestalten erprobt werden können. Nicht nur die Handlungsspielräume können dadurch erweitert werden: Es wird auch die damit einhergehende Signalwirkung erhöht, die die Stadt als moderne und innovative Institution präsentiert. Die Stadt Wien als eine der wichtigsten Investorinnen und Arbeitgeberinnen der Region hat ein breites Aktionspotenzial im Beschäftigungsbereich. Sie muss zur Neugestaltung zukunftsweisender Arbeitsformen und -beziehungen beitragen — indem sie ihre Rolle als Investorin und Arbeitgeberin offensiv nützt.

Neue wichtige Handlungsbereiche, in denen die Stadt als Investorin und Nachfragerin Impulse setzen kann, betreffen vor allem jene Felder, die für die internationale Konkurrenzfähigkeit der Stadt und der Region von Bedeutung sind. Und die zugleich einen hohen Modernisierungsbedarf aufweisen — wie etwa die Weiterentwicklung von Infrastruktur. Darüber hinaus sind bei der Auftragsvergabe der Stadt Wien beschäftigungsrelevante Spielräume zu nutzen.

Als größte Arbeitgeberin hat die Stadt Wien ihre Vorbildfunktion bei der Bewältigung von Arbeitsmarktproblemen verstärkt wahrzunehmen. In diesem Sinne sind innovative Modelle weiterzuentwickeln: Für Aus- und Weiterbildung, Flexibilisierung, neue Arbeitszeitmodelle, für die Förderung von Chancengleichheit von Frauen und Männern im Berufsleben sowie für die Integration von ZuwandererInnen.

3 **Wien investiert in Wissen, Bildung und Kultur**

LEITIDEE

Die fortgeschrittenen Gesellschaften entwickeln sich derzeit von Industriegesellschaften zu Wissensgesellschaften. Der Produktionsfaktor Wissen gewinnt gegenüber den Produktionsfaktoren Kapital, Arbeit und Boden zunehmend an Bedeutung. Wissen wird als "intellektuelles Kapital" zu einer zentralen gesellschaftlichen Ressource. Von ihrer Produktion, Verteilung und Nutzung hängt die Standortattraktivität und damit die Wirtschaftsentwicklung ab. Sie bestimmt aber auch die Entwicklung der städtischen Gesellschaft insgesamt: Stadtkultur, intellektuelles Klima, Arbeitsmarkt, soziale Integration.

In der Bevölkerung und bei wirtschaftlich-politischen EntscheidungsträgerInnen muss das Verständnis dafür erweitert werden, dass Wissen mehr ist als Information. Wissen besteht aus Informationen, die in Praxis- und Erfahrungskontexte eingebettet sind. Wissen entsteht als soziales Produkt und befähigt zum Handeln. Die Erleichterung des Zugangs zu Datenbanken und Informationssystemen reicht daher zur Erhöhung des Wissensstandes nicht aus. Entscheidend sind vielmehr Wissensvermittlung und Wissensmanagement, die Sinnbezüge herstellen. Weiters muss stärker bewusst gemacht werden, dass Wissen nicht aus wissenschaftlich-technischem Wissen allein besteht, sondern auch kommunikatives, kreatives, soziales und Alltagswissen beinhaltet. Gerade die Wahrnehmung und Nutzung dieser letzteren unterschätzten Wissensformen kann in der modernen städtischen Dienstleistungsgesellschaft zur Schaffung von Arbeitsplätzen führen — auch für formal geringer Qualifizierte. Was wiederum die gesellschaftliche Integration fördert.

Ein zentraler Standortvorteil Wiens ist die Qualität Wiens als Kulturstadt, mit der sie international präsent ist. Dieser Ruf bezieht sich gleichermaßen auf künstlerische, kulturwissenschaftliche und alltagskulturelle Elemente. Wesentlich begründet wurde er durch die in Wien besonders enge Verbindung von künstlerischer Aktivität und kulturwissenschaftlicher Reflexion. Die Entwicklung der Wissensgesellschaft muss genützt werden, um Wien als Zukunftslabor künstlerischer Produktion und Reflexion weiter zu profilieren.

3.1 **Wien stärkt seine Wissensbasis**

Zur Stärkung des Standorts Wien soll nicht nur in der Bevölkerung das Bewusstsein für die Bedeutung von Wissen (Schulen, außerschulische Bildungseinrichtungen, Medien) gefördert werden. Auch die Kompetenzen für den Wissenserwerb sind neu zu definieren. Weiters gilt es, die vorhandene Wissensbasis genauer zu erkunden und eine gezieltere Wissensproduktion im Hinblick auf spezifische Wiener Kompetenzen zu unterstützen. Der Transfer zwischen WissensproduzentInnen und AnwenderInnen soll intensiviert und der interkulturelle Wissenstransfer in verschiedenen Wissensbereichen entwickelt werden. Die im Entstehen begriffene Wissensgesellschaft revolutioniert die Formen des Wissenserwerbs. Die Forderung nach lebensbegleitendem Lernen macht auch eine Neudefinition des Bildungsbegriffs nötig, eine Neudefinition von Lernen in Institutionen und eine Neudefinition von Lehrenden und Lernenden.

STRATEGISCHE ZIELE

Formulierung einer städtischen Wissen(schaft)spolitik

Um der steigenden Bedeutung von Wissen und Wissenschaft Rechnung zu tragen, muss die Stadt Wien das Thema Wissen als eigenes Politikfeld anerkennen und ihm entsprechendes Gewicht beimessen. Die gesellschaftlichen, diskursiven und medialen Realitäten verändern sich in einem dynamischen Prozess. Politik und Verwaltung der Stadt Wien müssen daher ihre Strategien und Instrumentarien an die neuen Situationen anpassen und verändern.

Um dieses Ziel zu erreichen bedarf es

- einer besseren Verbindung von Wissenschafts- und Verwaltungs-Know-how (Herstellung eines gemeinsamen Relevanzraumes),
- einer Förderungs politik, die gezielt Schwerpunkte vor allem im Bereich spezifischer Wiener Wissenscluster (vgl. dazu auch das strategische Projekt "*Knowledge Base Vienna*") setzt,
- einer von der Stadt vorangetriebenen Vernetzung und Präsentation der zahlreichen und vielfältigen in Wien ansässigen Universitäten, wissenschaftlichen Institute und Vereine, die den "intellektuellen Humus der Stadt" kultivieren.

Zur Abstimmung mit der Bundespolitik sind institutionalisierte Gespräche zu führen.

Koordiniertes Wissensmanagement für alle Bildungseinrichtungen

Die Programme aller Bildungseinrichtungen sollen koordiniert werden. Damit sollen nicht nur bedeutende Synergieeffekte erzielt werden, dies soll auch das Bewusstsein für die Bedeutung von Wissen stärken und die Wissensproduktion und -vermittlung verbessern (vgl. dazu auch das strategische Projekt "*Wiener Bildungsnetz*").

Ziel ist eine virtuelle Vernetzung von Bildungsinstitutionen: Pflichtschulen, BHS, AHS, Universitäten, Volkshochschulen, Bibliotheken, Archive, Museen, die Vernetzung von Bundes- und Landesinstitutionen, aber auch die physische Vernetzung durch Mehrfachnutzung von Bildungsstätten (vgl. dazu auch das strategische Projekt "*Hauptbibliothek — Ein neues bildungspolitisches Symbol*").

Angebote und Erreichbarkeit sind nutzergruppengerecht zu planen und auszugestalten. Um vor allem Frauen von Begleitdiensten (Kinderholen und -bringen) zu entlasten, um die Berufschancen für Mädchen und Frauen zu erhöhen und für Frauen in allen Lebenssituationen Lernangebote und Qualifizierungsmöglichkeiten zu eröffnen, z.B. durch ein Verbundangebot der Volkshochschulen mit entsprechenden Erreichbarkeitsangeboten. In der beruflichen Bildung sind insbesondere aufstiegsorientierte und technologieorientierte Bildungsangebote so zu gestalten, dass sie Frauen stärker einbeziehen.

Schule als lernende Organisation

Schule ist schon heute lediglich ein Ort des Wissenserwerbs unter vielen anderen. In Zukunft wird vor allem die Fähigkeit zur Organisation und Bewertung von Wissen zentrale Bedeutung erlangen.

Es gilt, die Kluft zwischen Lehrenden und Lernenden zu überwinden: So soll nicht nur fachspezifisches, sondern auch kommunikatives, kreatives und soziales Wissen erworben und die Fähigkeit zu lebensbegleitendem Lernen gefördert werden.

Verbesserung der Attraktivität des Wirtschaftsstandortes durch Qualifizierung

Qualifikationsniveau, Motivationsniveau, Gestaltbarkeit der Arbeitsbeziehungen und Arbeitsorganisation sind entscheidende Faktoren im Standortwettbewerb. Die Bestrebungen der Wiener Wirtschaftspolitik, sich international besser zu positionieren, müssen mit einer umfassenden und der Wiener Situation angepassten Entwicklung von Qualifikationen koordiniert werden, damit bei Betriebsansiedlungen das entsprechende (Fach)Personal zur Verfügung steht. Eine Verkopplung mit den angestrebten Spezialisierungen ist eine der zentralen Bedingungen für positive stadtwirtschaftliche Effekte des Managements von Personalressourcen (vgl. Strategiefeld 2, Wien schafft neue Perspektiven für Wirtschaft und Arbeit). Die Unterstützung von Fachhochschulen ist zu verstärken. Im mittleren Qualifikationsbereich sind innovative Weiterbildungsmaßnahmen zu schaffen — insbesondere unter Einbeziehung des Potenzials an osteuropäisch-muttersprachlichen EinwohnerInnen mit entsprechender kultureller Kompetenz und Netzwerken in diesen Regionen. Sprachaustauschprogramme sind zu verstärken — sowohl bei der Erstausbildung als auch bei Weiterbildung. Die Schaffung eines "ExpertInnenpools" wird vorgeschlagen.

Erkundung der Wiener Wissensbasis

Mit der Verschärfung des internationalen Städtewettbewerbs stellte sich immer deutlicher heraus, dass in bereits arbeitsteilig hochrangig etablierten Kompetenzfeldern "Nachzügler" den Wettlauf kaum gewinnen können. Die Entwicklung bereits vorhandener lokaler Kompetenzen wird heute als erfolgsversprechender betrachtet.

Es kann davon ausgegangen werden, dass es in Wien Wissenspotenziale gibt, die in ihrer Bedeutung noch nicht richtig erkannt sind. Diese Stärken sollen systematisch aufgespürt werden, da ihre Nutzung erheblich zur Entwicklung spezifischer Wissenscluster beitragen kann (vgl. dazu auch das strategische Projekt "*Knowledge Base Vienna*").

Entwicklung der Wiener Wissenscluster

Schon aufgrund des derzeitigen Wissenstands zeichnen sich einige Wiener Wissens-Cluster ab: es handelt sich um die Bereiche Medizin, Design und Musik. Alle drei Bereiche werden weltweit mit Wien assoziiert — allerdings mit dem Wien des 19. und frühen 20. Jahrhunderts. Tatsächlich gibt es aber in den drei Bereichen auch bereits international anerkannte moderne Entwicklungen, wie etwa das Vienna Biocenter, Wiener Architektur und elektronische Musik.

Die vorhandenen Ansätze sind zu fördern — vor allem um Synergieeffekte zu erzielen und eine "kritische Masse" zu erreichen. Und zwar in Richtung auf Entwicklung weiterer medizinischer Kompetenzfelder (z.B. Materialwissenschaften — Prothetik, Ausbildungsstätten für nichtwissenschaftliches medizinisches Personal etc.). Auch wären weitere Design-Felder zu entwickeln (z.B. Virtual Reality-Software für architektonisches Entwerfen, Media Design-Software-Entwicklung). Weiters wäre die Marke "Wiener elektronische Musik" sowie "Innovatives Bauen & Wohnen" zu fördern. Wie bei der Clusterbildung, sollten auch hier stadträumliche Aspekte beachtet werden (siehe auch Pkt. 2.1, Stärkung der Internationalisierung des Standortes).

Wissen als Kritik- und Analysepotenzial

Im Zuge dynamischer Veränderungen, die durch Globalisierung und elektronische Vernetzung hervorgerufen werden, sind gesellschaftliche und kulturelle Verhältnisse unübersichtlich und häufig schwer durchschaubar geworden. Die Bildungsinstitutionen sind aufgerufen, in viel stärkerem Maß alltags-, praxis- und projektbezogen den BürgerInnen Hilfestellungen zu geben, damit sie Probleme verstehen und bewältigen können.

In den Schulen kann dieses Ziel durch eine Verstärkung eines fächerübergreifenden und projektorientierten Unterrichts erreicht werden.

An den Universitäten sollten interdisziplinäre Ansätze und Projekte verstärkt werden — um dem sich verstärkenden Prozess der Spezialisierung gegenzusteuern. Ein Beispiel dafür ist das kooperative Modell "University meets Public". Die Erwachsenenbildungseinrichtungen sollten sich in verstärktem Maß der Analyse und Entschlüsselung alltäglicher Lebensfelder zuwenden.

Organisation und Management des Wissenstransfers

Der Wissenstransfer zwischen der Produktion von Wissen (Hochschulen, Forschungseinrichtungen, Ausbildungsstätten) und seiner Anwendung (Betriebe, öffentliche Verwaltung) muss verbessert werden. ExpertInnenwissen aus Wissenschaft, Kultur, Wirtschaft und Verwaltung ist mit dem Blick auf die zentralen Problemfelder der Stadt zu vernetzen. Zur Stärkung des Standortes Wien sind zusätzliche Anstrengungen nötig, um das in Wien generierte Wissen lokal wirtschaftlich zu verwerten und einem "Braindrain" entgegenzuwirken.

Wie im Bereich der Wissensgenerierung gilt auch hier, dass die meisten Instrumente und Institutionen für den Wissenstransfer vom Bund geschaffen wurden. Dies reicht von Forschungsförderungsfonds über die Mobilisierung von Venture Capital bis zur Schaffung einer Börse für Business Angels. Der geplante "Technologie- und Zukunftsfonds" soll nicht die Angebotspalette des Bundes duplizieren, sondern in Absprache mit dem Bund die für Wien wichtigen Nischen besetzen oder Lücken füllen (vgl. dazu auch das strategische Projekt "*Technologie- und Zukunftsfonds*"). Das neu gegründete Wissenschaftszentrum Wien (WZW) soll die Aufgabe strategisch-wissenschaftlicher Politikberatung wahrnehmen.

Effizientere Verwertung von Erfahrungswissen

Der Wandel zur Wissensgesellschaft schafft nicht nur neue hochqualifizierte Arbeitsplätze, sondern macht gleichzeitig Erfahrungswissen wertvoller. Vor allem in jenen Bereichen, wo Arbeitsplätze auch im Zuge der Globalisierung nicht transferierbar sind. Dies betrifft in erster Linie lokal gebundene persönliche Dienstleistungen, aber auch manche Bereiche der Güterproduktion mit einer lebendigen Tradition von Spezialkenntnissen. Ganz besonders soll versucht werden, spezifische Kenntnisse und Fähigkeiten von ZuwandererInnen ohne höhere formale Qualifikation beruflich zu nutzen, was nicht nur neue Arbeitsplätze schaffen, sondern auch die Integration erleichtern wird.

Förderung und Positionierung Wiens als Wissensstadt

Sowohl die Identität als auch die Positionierung der Stadt Wien als Wissenschafts- und Wissensstadt sind zu stärken: lokal, national und international. Es gilt, ein breites öffentliches Bewusstsein für die Bedeutung von Wissenschaft und Wissen zu

schaffen. Einer unreflektierten Technik-, Innovations- und Zukunftsfeindlichkeit ist gegenzusteuern.

Die Universitäten müssen stärker als bisher in der Stadt verankert werden.

Urbane und wissenschaftliche Diskurse sollen stärker miteinander verbunden werden.

Exzellente wissenschaftliche Verdienste von Personen und Forschungsgruppen in Vergangenheit und Gegenwart sind als Wiener Leistungen bewusst zu machen. Dabei sind auch die herausragenden Leistungen von Frauen in Wissenschaft, Forschung und Kunst hervorzuheben, wie dies bereits im Rahmen der Initiative "Frauen Sichtbar Machen" geschieht.

3.2 Europäische Kulturmetropole

Die kommunale Kulturarbeit in Wien muss deutlich machen, dass Kunst und Wissenschaft wesentliche Triebkräfte einer humanen Gesellschaft sind.

Die Qualität des Urbanen macht die Verschiedenheit, die "Kultur des Unterschiedes", aus. Eine konstruktive städtische Kulturpolitik basiert auf den Möglichkeiten des Andersseins und unterstützt die Kultur der Vielfalt. In diesem Sinne ist Kultur auch als ein Beitrag zur Integrationspolitik der Stadt Wien zu verstehen. Städtische Kulturpolitik ist darüber hinaus eine wesentliche Vorleistung für die Erweiterung und Integration Europas.

Offenheit im Kulturleben verlangt seitens der Kulturadministration Flexibilität und objektivierte Verfahrensweisen. Dazu müssen Beiräte und Jurys, demokratische Kontrolle durch größtmögliche Transparenz, Offenlegen von Kulturberichten, mediale Kritik sowie eine Dezentralisierung von Planungen und Entscheidungen beitragen.

STRATEGISCHE ZIELE

Schaffung von Rahmenbedingungen für flexible, neue internationale wie lokale Aktivitäten

Eine Offenheit der Stadtpolitik und Stadtverwaltung schafft Haltungen und eine Atmosphäre, die Innovation und Kreativität für kulturelle Aktivitäten unterstützen, welche nicht primär auf Subventionen beruhen. Geänderte Rahmenbedingungen sollen mehr zulassen und mehr Freiheit schaffen.

Es muss Aufgabe der Stadt sein, die Voraussetzungen für neue Partnerschaften zu schaffen (z.B. Stiftungen). Inkludiert ist die Suche nach neuen PartnerInnen in Privatwirtschaft, Bund und Ausbildungsstätten. Dabei sollen Projekte als eigenes Risiko ermöglicht werden, ohne dass die Ausfinanzierung der Projekte seitens der Stadt erwartet und/oder gewährleistet wird.

Intensivierung der kulturellen Nachbarschaftskontakte

Für den künftigen Ideenfluss ist es für Wien unerlässlich, die Nachbarschaftskontakte mit den Großstädten im geographischen Umfeld, insbesondere im südöstlichen und östlichen Mitteleuropa, zu intensivieren.

Internationale Kulturkontakte sollen unter anderem von der städtischen Verwaltungsebene erleichtert und verbessert werden. Strategisch sind gezielt Spezialkompetenzen zu erarbeiten und zu vertiefen, für die es in Wien realistische und glaubhafte Chancen gibt (vgl. dazu auch das strategische Projekt "*Knowledge Base Vienna*").

Suche nach neuen Organisationsformen im kulturellen Bereich

Es ist notwendig, offensiv nach neuen Formen der Organisation und Trägerkonstruktionen im kulturellen Bereich zu suchen. Und zwar zwischen den Polen öffentlicher Kultur (die durchfinanziert und der Bevölkerung zur Verfügung gestellt wird) und privaten und kommerziellen Initiativen. Die Form des "Public-Private-Partnership" soll künftig auch für die dauerhafte Arbeit und das Ideenprofil kultureller Initiativen eine entscheidende Rolle spielen.

Nutzung des kreativen Potenzials von KünstlerInnen: "Stadt der Avantgarde"

Es gibt in Wien eine "Tradition der Avantgarde", die es zu nutzen gilt. Daher ist es nicht nur ein Imagegewinn, sondern ein Beitrag zur wissenschaftlichen und sozialen Innovation, wenn KünstlerInnen, WissenschaftlerInnen und PhilosophInnen in tagesaktuelle und stadtpolitische Prozesse eingebunden werden.

Entdeckung der Muße

Die auch international geschätzte Wiener Qualität der "Muße" ist neu zu entdecken, der Stadtraum als Medium für Vertiefung und Reflexion zu nutzen.

Die Attraktivität und Intensität des Stadtraums darf nicht auf einige wenige Attraktionen reduziert werden. Den schnellen und begrenzten "Kombi-Angeboten" soll durch Gelegenheiten der Verlangsamung und Vertiefung begegnet werden. Dies entspricht auch einer ausbaufähigen Schicht der touristischen Wertschätzung Wiens (Entspannen, Flanieren, Straßenbahnfahren etc.) (vgl. dazu auch das strategische Projekt "*Attraktivierung des öffentlichen Raumes*").

Aktiver, kreativer, zeitgenössischer Dialog mit dem kulturellen Erbe

Wien hat als historisch vielschichtig geprägte Stadt eine besondere Verantwortung für das kulturelle Erbe. Mit diesem Erbe muss jedoch ein aktiver, kreativer und dezidiert zeitgenössischer Dialog geführt werden, damit Geschichte, die uns umgibt, lesbar und verständlich wird.

Daher soll ein Informations- und Vermittlungssystem im Stadtraum entwickelt werden, das aktuelle technische Möglichkeiten ebenso inkludiert, wie höchste Textqualität und neuartige Ideen im Kommunikationsdesign. Zielgruppe dieser "Lesbarmachung" der historischen Schichten und mit Bedeutung aufgeladenen Orte Wiens sind nicht nur TouristInnen, sondern in besonderem Maße auch die BewohnerInnen der Stadt.

Kulturelle Nahversorgung: Stadtteilkultur

Dezentrale Kulturarbeit ist ein wichtiger Faktor im Stadtleben. Daher ist die Förderung einer kulturellen Nahversorgung in den Bezirks- und Stadtteilzentren zu verstärken. Diese beinhaltet auch die qualitätsvolle und benutzerfreundliche Gestaltung von städtischen Räumen (siehe auch Pkt. 4.2, Kultivierter Umgang mit dem Stadtraum). Kulturelle Einrichtungen sollen sicher und mit zumutbarem Aufwand, vor allem am Abend und in der Nacht erreichbar sein. Sie sollen Möglichkeiten einer aktiven Teilhabe für mobil eingeschränkte Bevölkerungsgruppen bieten — wie etwa dezentrale Angebote der Büchereien, Musikschulen, Theater, Film- und Konzertangebote vor Ort.

3.3 Erlebnis Stadt — Brücken zwischen Freizeit und Edutainment

Die Vielfalt urbaner Erlebnismöglichkeiten im Stadtraum für unterschiedlichste BenutzerInnengruppen ist eine besondere Stärke dieser Stadt und trägt wesentlich zu Wiens Image und Charakteristik bei. Diese Vielfalt muss in einer an Qualität orientierten Freizeitpolitik erhalten und zukunftsfähig weiterentwickelt werden. Die Stadt Wien soll eine aktive Freizeitpolitik betreiben, die dienstleistungsorientiert ist, private Initiative unterstützt, aber zugleich sozial ausgerichtet ist. Private und unternehmerische Initiative ist daher mit dem öffentlichen Interesse und mit sozialen Ansprüchen in ein Gleichgewicht zu bringen, um den Freizeitwert der Stadt für möglichst alle Gruppen zu erhöhen. Bei der Standortwahl und Gestaltung sollen insbesondere frauenspezifische Anforderungen berücksichtigt werden, die sich vor allem aus der noch immer bestehenden Ungleichheit bei der Aufteilung der Familien- und Versorgungsarbeit zwischen Männern und Frauen ergeben. Dies hat eine starke Wohnungs- und Wohnumweltorientierung zur Folge. Im Hinblick auf enge und kurze Zeitmuster werden Flexibilität und Raum für Spontaneität benötigt. Und es besteht ein hoher Anspruch an persönliche Sicherheit, Angstfreiheit und Entspannung. Wird durch die Berücksichtigung (noch) frauenspezifischer Anforderungen und Bedürfnisse eine neue alltagsgerechte Qualität erzielt, kommt dies letztlich allen BewohnerInnen zugute (vgl. auch Strategiefeld 4, Wien stärkt die Qualität von Naturraum und Stadtraum und Strategiefeld 5, Wien bleibt Stadt der Lebens- und Umweltqualität). Freizeitstandorte sollen in die Konzeption der regionalen Siedlungsentwicklung integriert werden. Standorte für großflächige Freizeitanlagen und Erholungsschwerpunkte mit entsprechender Infrastrukturausstattung sind zumindest teilregional abzustimmen, um negative Effekte wie Zersiedelung oder Verkehrsbelastung zu verhindern. Die Standorte sollen mit öffentlichen Verkehrsmitteln attraktiv und sicher zu erreichen sein.

STRATEGISCHE ZIELE

Attraktivierung öffentlicher Angebote und Aufbau qualifizierter Management- und Betreiberstrukturen

Ziel ist es, die Ausstattungsqualität öffentlicher und gemeinnütziger Freizeitangebote zu erhöhen, nachfragekonforme lokale Freizeitangebote zu schaffen sowie kleine und mittlere AnbieterInnen zu stärken.

Synergien und Partnerschaften zwischen den BetreiberInnen öffentlicher und gemeinnütziger Freizeitanlagen und kleinen und mittelgroßen FreizeidienstleisterInnen sind weiter auszubauen. Insbesondere sollen privatwirtschaftliche Betreibermodelle für Freizeitanlagen auf öffentlichem Grund weiterentwickelt werden.

Entwicklung von Angeboten für sportliche Aktivitäten

Der Zugang zu sportlicher Betätigung soll erleichtert werden. Physische, organisatorische oder institutionelle Barrieren sind zu vermeiden.

Die Stadt muss besonders für jene kostengünstige Möglichkeiten zur Verfügung stellen, die in ihrer Freizeit auf die Nahumgebung angewiesen sind. Private Sport-Initiativen sind zu fördern.

Berücksichtigung der Bedürfnisse mehrerer Zielgruppen

Eine der Hauptaufgaben städtischer Freizeitpolitik wird es künftig sein, öffentliche Angebote für einkommensschwächere Bevölkerungsgruppen zu bieten, die durch den Trend zu kostspieligen privatwirtschaftlichen Freizeitangeboten benachteiligt werden. Sowohl auf der Ebene der Gesamtstadt als auch auf der Ebene der Bezirke.

Bei der Planung von Freizeit- und Erholungseinrichtungen und -angeboten ist auf die unterschiedliche Mobilität verschiedener Bevölkerungsgruppen zu achten. Seien es nun Frauen (oder Männer) mit Kinderbetreuungs- und Haushaltsversorgungspflichten, seien es Menschen mit Gehbehinderungen, seien es Kinder und Jugendliche mit dem Bedürfnis, ihre Umwelt zu erkunden und zu erforschen. Bei baulichen Anlagen ist darauf zu achten, dass vielfältige, gesundheitsfördernde Alltagssportaktivitäten für unterschiedliche Nutzerkreise ermöglicht werden. Und dass kommunikative und sozialgemeinschaftliche Freizeitangebote geschaffen werden. Bei der Planung und Gestaltung von Freiräumen soll die örtliche Bevölkerung aktiv beteiligt werden. Robuste und hochwertige Grundausstattung von Freiräumen, eine Öffnung durch Mehrfachnutzung und verbessertes Management von Verkehrsflächen sind zu forcieren (vgl. dazu auch das strategische Projekt *"Geschlechtssensible Kinder- und Jugendspielplätze, Sport- und Parkanlagen in den Wiener Bezirken"*).

Angebote für die Jugend

Zukunftsfähige Freizeitpolitik darf Jugendliche nicht auf eine "Zielgruppe" reduzieren, sondern muss sie als zentrale AkteurInnen der urbanen Entwicklung begreifen und anerkennen. Daher muss die Freizeitpolitik die unterschiedlichen Bedürfnisse und Lebensstile akzeptieren und sich an ihnen orientieren. Zum einen existiert in den verschiedenen Szenen und Milieus eine starke Nachfrage nach Marken und eine Bereitschaft, dafür Geld auszugeben. Insofern ist diese Erlebnisdimension sowohl für den Tourismus als auch für die lokale Freizeit wichtig. Es gilt, diesbezügliche Angebote international verstärkt bewusst zu machen und zu vermarkten. Zum anderen muss Freizeitpolitik im besonderen Lebensperspektiven und Bedürfnisse jener Jugendgruppen wahrnehmen, die — wie auch in der gesamten Bevölkerungsstruktur — sozial, kulturell und/oder wirtschaftlich benachteiligt werden (vgl. dazu auch das strategische Projekt *"einfach-mehrfach"*).

Der grundsätzliche Trend, dass sich "Urban Entertainment" zunehmend stärker mit den neuen Kommunikationstechnologien, aber auch mit Kunst, Bildung und Sport verknüpft, ist hinsichtlich neuer Qualifikations- und Bildungsperspektiven für die Jugend zu unterstützen (vgl. dazu auch die strategischen Projekte *"Wiener Bildungsnetz"* und *"Das Kinderquartier im Museumsquartier. Ein Ort für (er)lebbare Kreativität"*). In diesem Zusammenhang ist verstärkt an einem Feld zu arbeiten, das naturwissenschaftlich-technologische Inhalte und neue Kommunikationstechnologien mit "Urban Entertainment" in Beziehung setzt.

Bei den Jugendangeboten muss die spezielle Situation von jungen MigrantInnen berücksichtigt werden, wobei diese Jugendlichen nicht nur als "Problemgruppe" gesehen werden dürfen. Sie bieten eine Chance für die Weiterentwicklung der Interkulturalität.

Unterstützung von innovativen Privatinitiativen

Ziel städtischen Freizeitmanagements ist es, innovative Ideen und Projekte zu unterstützen und ihre Umsetzung zu erleichtern. Städtische Freizeitpolitik soll —

außer im Bereich kommunaler Freizeitangebote — primär nicht Inhalte vorgeben. Sie soll vielmehr die stadtplanerischen, sozialen und regionalwirtschaftlichen Rahmenbedingungen für öffentliche und private Freizeitinitiativen und Freizeitinvestments festlegen. Sie soll innovations- und unternehmensfördernd wirken. Die Spielräume und Rahmenbedingungen für innovative Privatinitiativen sind vor allem mit dem Ziel einer stärkeren Orientierung an den Bedürfnissen der Jugendlichen zu verbessern. Dabei hat logistische Unterstützung höhere Priorität als finanzielle Förderung. Die Stadt Wien soll sich insbesondere um Verfahrenserleichterungen und die Vermittlung von Räumen und Veranstaltungsorten bemühen.

Die Stadtverträglichkeit internationaler Entertainment-Projekte sicherstellen

Die Stadt Wien wird sich für innovative Freizeitgroßprojekte einsetzen, die einen Beitrag zur Aufwertung und zur Belebung urbaner Standorte und Stadtviertel leisten. Erlebnis-Freizeitangebote werden prioritär behandelt, wenn es sich um Wien-typische beziehungsweise stadtintegrierte Projekte handelt. Sie sollen auf lokalen Freizeitpotenzialen und Ressourcen aufbauen und Anschluss zu vorhandenen Freizeitanlagen und Kultureinrichtungen bieten. Das bestehende Stadtambiente Wiens sollte dabei in umfassender Weise als Erlebnis- und Erfahrungsraum genutzt werden (vgl. dazu auch das strategische Projekt *"Entwicklung von Volksprater — Messegelände — Krieau — Stadion"*).

Wien muss auf Standorte, Inhalte und Ausprägungen Einfluss nehmen, um die "Entertainmentstadt" Wien von anderen Städten abzuheben und ihr Einzigartigkeit und Profil zu verleihen. Damit die Standortkonkurrenz zwischen Stadt und Umland um Freizeitinvestitionen nicht zu einer suboptimalen Standortnutzung führt, ist eine Milderung der Konkurrenzsituation durch regionale Abstimmungen anzustreben. Eine kooperative Strategie sollte versuchen, Synergien zwischen großflächigeren Angeboten im Umland und spezifisch urbanen Angeboten in Wien herzustellen (z.B. durch gemeinsame Vermarktung).

4 Wien stärkt die Qualität von Naturraum und Stadtraum

LEITIDEE Die Stadt ist als komplexes System zu begreifen. Die Lebensbedingungen in städtischen Agglomerationen werden geprägt von der Abstimmung ökologischer, sozialer und ökonomischer Anforderungen bzw. Bedürfnisse. Um die Lebens- und Erlebnisqualität auf hohem Niveau zu halten und zu verbessern, müssen bei der Stadtentwicklung diese drei Faktoren gleichrangig berücksichtigt werden. Marktmechanismen allein können eine solche Vorsorge nicht bewirken. Daher ist politische Einflussnahme notwendig, um eine zukunftsfähige Stadtentwicklung zu gewährleisten. Dafür sind Zielvereinbarungen zu treffen, Konzepte zu entwickeln und für deren Realisierung Rahmenbedingungen zu schaffen.

Wien verpflichtet sich zum sensiblen Umgang und zur Weiterentwicklung von urbaner und naturräumlicher Qualität. Der urbanistische, architektonische und ökologische Wert Wiens betrifft die Gesamtheit der städtischen Struktur. Diese beinhaltet zahlreiche lokale, sozialräumliche und soziokulturelle Qualitäten. Zukunftsfähige Entwicklung in Abstimmung mit ökonomischer, ökologischer und sozialer Qualität enthält eine starke räumliche Komponente. Deshalb müssen Strukturen forciert werden, die der Forderung nach einem sparsamen Flächenverbrauch, nach intelligenter Mobilität und Schonung von Grünräumen entsprechen. Die Stadt ist nicht nur Arbeit, Verkehr und Wohnen, sondern Medium der Öffentlichkeit und Freizeit, ein Ort für internationalen Austausch und vor allem Lebens-Raum für ihre Bewohner.

4.1 Schutz und Aufwertung des Naturraums

Die Lebensqualität des Menschen wird maßgeblich von der Verfügbarkeit von reiner Luft, sauberem Wasser und einer vielfältigen Tier- und Pflanzenwelt bestimmt. Quantität und Qualität von Naturräumen, die auch im Alltag genützt werden können, erhöhen die Anziehungskraft Wiens für BesucherInnen und vor allem für die Bevölkerung.

Im internationalen Wettbewerb gewinnt die naturräumliche Ausstattung einer Stadt immer größere Bedeutung — vor allem bei Standortentscheidungen von Betrieben und Unternehmen, die durch ihre Forschungsschwerpunkte und Technologieorientierung wesentlich zur angestrebten Spezialisierung Wiens beitragen können. Der sorgsame Umgang mit dem Grünraum spielt daher für die Entwicklung Wiens eine entscheidende Rolle.

STRATEGISCHE ZIELE

Natur in die Köpfe und Herzen bringen

Die Bewusstseinsbildung bei Bevölkerung und EntscheidungsträgerInnen muss auf rationaler und emotionaler Ebene gepflegt werden. Bewusstseins- und Öffentlichkeitsarbeit müssen zielgruppenspezifisch, systematisch und kontinuierlich betrieben werden. Dies soll einem Konzept folgen, das Informationen vermittelt und entsprechendes Verhalten motiviert.

Ökologische Interessen gegenüber anderen Interessen als gleichwertig verstehen

Bei allen Planungs- und Entscheidungsprozessen, die Eingriffe in den natürlichen Lebenshaushalt verursachen, sind ökologische Interessen als zumindest gleichwertig einzubinden.

Dies erfordert eine Weiterentwicklung der finanziellen, rechtlichen und administrativen Voraussetzungen. Für Ankauf und Gestaltung von Freiflächen sind nicht nur ausreichend öffentliche Budgetmittel vorzusehen und bereitzustellen. Es sind auch zusätzliche Finanzquellen über Fonds, Sponsoring oder Public Private Partnership zu erschließen.

Die verstärkte Nutzung der Ressourcen, insbesondere des Bodens hat eine Reduktion des Naturraumes zur Folge. Bisher mussten die Verursacher diese Eingriffe der Gesellschaft allerdings nicht abgelten. Andererseits bewirken öffentliche Investitionen oft beträchtliche Anhebungen des Grundstückswertes. Ohne dass dies Eigenleistungen voraussetzt oder die Nutznießer zu Gegenleistungen verpflichtet.

Es sind daher — vor allem auf rechtlicher Ebene — Voraussetzungen zu schaffen, um dem Verursacherprinzip zum Durchbruch zu verhelfen. Dies um die genannten ökologischen Ziele wirkungsvoll durchsetzen zu können.

Planungsverfahren, inklusive der Festsetzung der Flächenwidmungs- und Bebauungspläne, sind auch für größere Gebiete stärker in Richtung strategischer Planung zu entwickeln. Dabei sind ökologische, soziale und ökonomische Anforderungen und Bedürfnisse gleichrangig zu bewerten. Zielkonflikte und der Weg zur Entscheidung sind transparent zu machen. Die für Umwelt und Natur zuständigen Dienststellen sollen von Beginn an in den Diskussionsprozess eingebunden werden. Alle größeren Projekte auch privater AkteureInnen sollen interdisziplinär behandelt werden.

Umweltqualität bewerten — bei Veränderungen Konsequenzen veranlassen

Natürliche Ressourcen sind präventiv zu bewerten. So sollen die Auswirkungen von Entscheidungen von vornherein deutlich gemacht, deren Folgen abgeschätzt — und rechtzeitig Alternativen entwickelt werden können. Dabei sind gemeinde- und länderübergreifende Betrachtungsweisen zu forcieren und die administrativen Voraussetzungen dafür zu schaffen.

Multiplikations- und Summationseffekte von Eingriffen berücksichtigen

Werden einzelne Eingriffe isoliert beurteilt, bleibt oft unklar, wie sehr das gesamte System beeinträchtigt werden kann. Daher sind ganzheitliche Betrachtungsweisen bei der Konzeption von Projekten zu bevorzugen.

Flächensparende Bauweisen und Betriebsformen bevorzugen

Zur Sicherstellung von Grünräumen sind auch im Bauland durch rechtliche Vorkehrungen, Förderung etc. unversiegelte Flächen möglichst zu erhalten. Auf jeden Fall sind aber Kompensationsmaßnahmen zu fordern.

(Siehe auch Pkt. 4.3, Managementorientierung in der Planung und 5.2, Stadterneuerung stärkt die Stadtstruktur).

Wichtigen Grünraum schützen und erweitern

Besonders empfindliche oder strukturell bedeutsame Bereiche des Landschaftsraumes der Region Wien sind von jeglicher Beeinträchtigung freizuhalten

und gegebenenfalls zu ergänzen. So sollen Verbindungen zwischen den Grünräumen geschaffen werden. Gleichzeitig wird ein zu hoher Nutzungsdruck vermieden.

Attraktivierung von innerstädtischem und privatem Grün

Für ein ausreichendes Angebot an Grün- und Freiräumen im dichtbebauten Stadtgebiet ist eine große Vielfalt wichtiger Elemente notwendig: Gewässer, attraktive Fuß- und Radwege, verkehrsfreie Plätze, Straßen, Sportplätze, "Beserlparks" und Innenhöfe als Orte für soziale Kommunikation und Aufenthalt im Freien und sogar begrünte Fassaden und Feuermauern.

Durch flexible organisatorische Vorkehrungen ist eine Mehrfachnutzung sicherzustellen; die soziale Funktion von Parks ist durch Bereitstellung entsprechender Infrastrukturen zu verbessern (vgl. dazu auch das strategische Projekt "*einfach-mehrfach*").

Wo bauliche Entwicklung im öffentlichen Interesse liegt, ist darauf zu achten, dass mit einem Minimum an versiegelter Fläche ein Optimum an baulicher Nutzfläche erzielt wird. Diese Zielsetzungen sollen in den gesetzlichen Bestimmungen, aber auch in Förderungsrichtlinien und Verträgen berücksichtigt werden.

Die oft künstlerisch gestalteten historischen Garten- und Parkanlagen in Privatbesitz sollen zugänglich gemacht werden — zumindest zeitweise, teilweise oder für bestimmte Personengruppen. Dafür sind organisatorische Vorkehrungen zu treffen.

Entwicklung der übergeordneten Landschafts- und Erholungsräume

Der Wiener Gemeinderat hat im November 1995 beschlossen, den Grüngürtel durch Widmung, Ankauf und Gestaltung abzusichern und zu erweitern. Dieser Beschluss ist wie in den dazu ausgearbeiteten Maßnahmenprogrammen vorgesehen umzusetzen. Auf die Erweiterung in das Umland Wiens ist ebenso zu achten wie auf jene Gebiete, die noch keine Identität im Bewusstsein der Bevölkerung aufweisen und daher einem besonderen Druck zur Nutzungsänderung ausgesetzt sind (siehe strategisches Projekt "*Realisierung des Grüngürtels Wien '95*").

Für die stark frequentierten Erholungsgebiete im Grüngürtel (Wienerberg, Laaer Berg, Goldberg, Prater, Donauinsel, Schönbrunn etc. und auch die Friedhöfe) sind weitere Maßnahmen zur Erhaltung ihrer jeweiligen Identität und Qualität zu treffen. Dazu gehören Pflege, Verbesserung der Ausstattung und Erreichbarkeit. Gleichzeitig sind aber auch Management und Marketing zur Steigerung von Frequenz und Zufriedenheit der Besucher notwendig (vgl. dazu auch das strategische Projekt "*Gewässer- und Grünraumvernetzung*").

Verbindung der dicht bebauten Stadtgebiete mit den übergeordneten Erholungsgebieten

Als Verbindung der dicht bebauten Stadtgebiete mit den übergeordneten Erholungsgebieten sind Grünkeile wichtig, die der Bevölkerung als "Trittsteinbiotope" dienen. Zu diesem Zweck sollen Bäche, Waldstücke, aber auch Friedhöfe miteinander verbunden werden. Dabei ist auch darauf zu achten, dass soziale Einrichtungen wie Schulen, Kindergärten, Altersheime und Sporteinrichtungen etc. mit Fuß- und Radwegen vernetzt werden.

Pflege der Landwirtschaft als Beitrag zur Kulturlandschaft

Bäuerliche Betriebe sind ein funktionelles und gestaltendes Element des Grüngürtels und ein maßgeblicher Beitrag zur Pflege der Kulturlandschaft. Sie sind unentbehrlich

für die Sicherung der kulturellen Vielfalt, die Vitalität alter Ortskerne und wegen ihres Beitrags zur "Frisch"-Nahversorgung.

Der derzeit besonders hohe ökonomische Druck ist durch entsprechende Maßnahmenbündel aufzufangen. Unter anderem sind Marktnischen aufzufinden und zu nutzen, verbessertes Marketing zu unterstützen, die Nachfrage nach Produkten mit geringer Transportdistanz zu verstärken, die Aufwendungen für die Landschaftspflege abzugelten.

4.2 Kultivierter Umgang mit dem Stadtraum

Der historische Stadtkörper stellt eine kulturelle Verpflichtung dar. Dies fordert nicht nur den primär objektorientierten Denkmalschutz sowie die Stadtbildpflege (Ensembleschutz), sondern auch die kulturellen und wissenschaftlichen Institutionen. Er bietet jedoch auch Möglichkeiten, qualitätsvolle, zeitgemäße (bauliche) Elemente zu integrieren. In diesem Kontext ist von grundsätzlichen städtebaulichen Überlegungen bis hin zum einzelnen Bauprojekt stets die Diskussion zu führen, inwieweit qualitätsvolle Tradition mit neuen zukunftsweisenden Formen von Architektur und Städtebau verbunden werden kann. Voraussetzung dafür ist ein hohes gestalterisches Niveau.

Zukunftsorientierter Umgang mit dem Stadtraum hat die Erhaltung und Weiterentwicklung urbaner Strukturen zum Ziel. Eine besondere Qualität der historischen Stadtstruktur von Wien liegt in der vielfach noch vorhandenen Mischung von Wohnen, Arbeit und Freizeit. Es sind Strategien zu entwickeln, die diese Vielfalt der Funktionen bewahren. Dazu müssen in flexiblen und prozessorientierten Planungen Optionen für die differenzierten wirtschaftlichen, sozialen, kulturellen und privaten Bedürfnisse offen gehalten werden. Im öffentlichen Raum sollen variable Lösungen mit Mehrfachnutzungen von Orten, Freiräumen und Freiflächen ermöglicht werden. Ein Beitrag zur effizienten und bedarfsgerechten Nutzung beschränkter Ressourcen.

STRATEGISCHE ZIELE

Stadterhaltung und Urbanität

Die historisch geschichtete Stadtstruktur ist vielfältig, komplex und heterogen. Die bauliche Erhaltung dieser Struktur verknüpft sich mit dem Ziel, die Stadt als Lebensraum lebendig und lebensfähig zu erhalten und zu gestalten.

Dies erfordert in Teilbereichen eine flexiblere Handhabung des rein konservierenden Orts- und Stadtbildschutzes; kulturelle, strukturelle, soziale und wirtschaftliche Komponenten müssen gleichwertig betrachtet werden (siehe auch Pkt. 4.3, Managementorientierung in der Planung, sowie Strategiefeld 5, Wien bleibt Stadt der Lebens- und Umweltqualität).

Kreativer Dialog mit dem kulturellen Erbe

Wien hat als berühmte alte Stadt eine besondere Verantwortung für sein kulturelles Erbe. Mit diesem Erbe muss jedoch ein aktiver, kreativer und dezidiert zeitgenössischer Dialog geführt werden. Grundsatz muss es sein, bei der

entsprechend maßvoller Erhaltung der identitätsstiftenden, qualitätsvollen Bausubstanz den Spielraum für zukunftsweisende Architektur bestmöglich zu öffnen.

Das bekannte Image Wiens als innovative Architekturstadt — von Jugendstil über die Zwischenkriegszeit bis zur Gegenwart — ist zu pflegen und zu stärken. Dies erfordert stets eine Balance mit dem kulturellen Erbe. Ein weiterführender stadträumlicher Entwicklungsansatz kann die Vernetzung dezentraler Orte sein, in denen sich neue Inhalte entwickeln können.

Vorgeschlagen wird die Schaffung eines "Netzwerkes" von "Wegen und Orten". Gedacht ist an ein Grundsatzkonzept, welches anhand eines Stadtteiles demonstriert werden soll:

Straßen, Plätze und Bauten, die entweder bereits ein Gestaltungs- oder Identitätspotenzial besitzen (z. B. historische Stadtviertel, Schutzzonen) oder wo diese Qualität erst geschaffen werden muss (durch Straßengestaltung, durch bauliche, zeitgemäße "Highlights", durch kulturelle Besetzung) sollen in Form eines "Netzwerkes" miteinander verbunden werden (Zonen besonderer Aufmerksamkeit und Qualität).

In Zusammenhang mit diesen Zonen ist eine Fülle von Maßnahmen zu analysieren bzw. zu entwickeln, die phasenweise umgesetzt werden können (durch die Bezirke, zentral oder durch private AkteurInnen).

Aufwertung von öffentlichen Räumen

Ob man ihn nun in seiner Gesamtheit oder in seinen vielfältigen lokalen Ausprägungen betrachtet: Der öffentliche Raum ist eine kostbare Ressource — und zugleich ein "knappes Gut". Dem Recht der BewohnerInnen und BenutzerInnen auf Verbesserung von Lebensqualität und Alltagstauglichkeit entspricht ein ebensolches Recht auf Gestaltungsqualität (vgl. dazu auch die strategischen Projekte *"Attraktivierung des öffentlichen Raumes"*, *"einfach — mehrfach"*, *"Geschlechtssensible Kinder- und Jugendspielplätze, Sport- und Parkanlagen in den Wiener Bezirken"*).

Es werden Funktions- und Gestaltungsbereinigungen nötig sein, um den öffentlichen Raum als "offenen Raum" zurückzugewinnen. Er soll offen sein für sich ändernde Funktionen und Bedürfnisse. Er soll Freiräume für die spielerische Aneignung verschiedener Bevölkerungsgruppen bieten. Voraussetzung ist eine systematische Aufarbeitung der bestehenden öffentlichen Plätze und Räume, wobei innerhalb einer Typologisierung Maßnahmen zur "Aufwertung" und Belebung bzw. zur Rücknahme funktioneller und gestalterischer Überfrachtung festgelegt werden sollten.

Soziale Sicherheit im öffentlichen Raum

Sicherheit im öffentlichen Raum bedeutet neben objektiven Kriterien auch ein subjektives Gefühl. Dieses wird von der selbstverständlichen Benutzbarkeit und dem gefahrlosen Aufenthalt für alle BenutzerInnen geprägt. Ein wichtiges Anliegen von "Gender Mainstreaming" ist die Gestaltung eines Stadtraumes, der dem Sicherheitsempfinden und der Sicherheit von Frauen Rechnung trägt (vgl. dazu auch das strategische Projekt *"Gender Mainstreaming in der Planung"*).

Bei der Gestaltung des öffentlichen Raumes ist daher besonders darauf zu achten, dass Aspekte, die Sicherheit objektiv und subjektiv erhöhen, zu selbstverständlichen

Gestaltungskriterien werden. Das sind unter anderen Sichtbeziehungen, Orientierung, Wegeführung, Einsehbarkeit und Beleuchtung.

Planungs- und Architekturqualität

Zeitgemäße qualitätsvolle Ausdrucksformen des Städtebaus, der Architektur und des öffentlichen Raumes sind auf allen Ebenen zu fördern. Diese Haltung soll in der öffentlichen Diskussion und Information ihren Niederschlag finden — aber auch in der aktiven Umsetzung (z.B. Qualitätssuche im Wettbewerb).

Die interdisziplinären, demokratischen Entwicklungsprozesse in Form von Projektteams, Wettbewerben und transparenten Verfahrensabläufen sind zu ergänzen. Für die Umsetzung und Vernetzung der Ergebnisse erscheint es notwendig, institutionelle Strukturen zu schaffen, um den Qualitätsanspruch sicherzustellen.

Standortverträglichkeit von Hochhäusern sicherstellen

Seit dem Beginn der intensiven Stadtentwicklungsperiode ab 1990 ist das Thema Hochhaus sowohl in der Planung als auch in der Umsetzung in Wien präsent: als städtebaulicher Cluster (z.B. Donau-City), als achsenbildendes Element (z.B. Wagramer Straße) und als singuläres Zeichen.

Maßgeblich für diese Entwicklung waren der zunehmende Bedarf an zeitgemäßen Büroflächen, der mit dieser Bauform gut korrespondiert, die bessere Vermarktbarkeit, aber auch die rechtlichen Erleichterungen der Wiener Bauordnung.

Mit der steigenden Nachfrage nach Hochhäusern ist eine Anpassung der Planungsinstrumente erforderlich geworden. Aufbauend auf den bisherigen Zielen und Kriterien, gilt es ein einfaches, klar nachvollziehbares Regelwerk zu schaffen, das Projekte in Hinblick auf eine geordnete Entwicklung und Gestaltung im gesamtstädtischen Maßstab bewertbar macht.

4.3 Managementorientierung in der Planung

Aufgabe der Planung ist nicht, einen im Detail festgelegten "idealen Endzustand" der Stadt zu erreichen. Planung soll robuste räumliche Strukturen und Spielregeln für die Stadtentwicklung festlegen, die trotz der notwendigen Flexibilität ein Grundgerüst der Stadt bilden. Damit Planung diesen Beitrag zur langfristigen Orientierung erfüllen kann, bedarf es einer strategischen Abstimmung mit den Zielen zukunftsfähiger Entwicklung. Es müssen optimale Synergien zwischen Wirtschaft, Sozialem und Ökologie in der räumlichen und baulichen Struktur geschaffen werden.

Die Stadt ist in allen ihren materiellen und immateriellen Komponenten als eine intelligent zu nutzende Ressource zu begreifen. Die permanente Erneuerung und Aktualisierung der Stadt geht daher über die Bearbeitung baulicher Strukturen weit hinaus. Neubau und Erneuerungsanstrengungen sollten bewusst Qualitäten wie Offenheit und Veränderbarkeit unterstützen und damit Potenziale der Selbstorganisation und Selbstregulation fördern. Zukunftsfähige Planungskultur braucht Organisationsformen zur Förderung der Kommunikation und Auseinandersetzung in Planungsprozessen. Aber auch Managementinstrumente zur Qualitätssicherung im Städtebau.

STRATEGISCHE ZIELE

Stabile Rahmenbedingungen für aktuelle Vorhaben

Stadtplanung muss sich verstärkt stabile Rahmenbedingungen für aktuelle Konzepte schaffen.

Dies legt eine Überprüfung und Differenzierung der Regulierungen nahe. Dies würde auch der Entwicklungsdynamik im öffentlichen, im halböffentlichen und im privaten Raum entsprechen. Prinzipien könnten dabei sein:

- Eine hohe Regelungskraft bei grundsätzlichen Nutzungsfestsetzungen in der Stadt, um langfristig eine zukunftsfähige Entwicklung sicherzustellen. Dabei sind sowohl der Infrastrukturausbau (die Verkehrserschließung und die Versorgungsqualität mit Gütern und Dienstleistungen) als auch benachbarte Gebietsnutzungen (Wohnen, Betriebe, Industrie, Grünflächen) auf die Wirkungen der jeweiligen Stadtteilsnutzungen abzustellen;
- Eine geringere Regeldichte bei Projekten, aber hohe Verbindlichkeit der grundsätzlichen Festlegungen, die sich auf die Wirkungen gegenüber der Umgebung und der Gesamtstadt beziehen (Nutzung, Verkehrserzeugung, Kaufkraftbindung, Emissionen, Signalwirkung des Projektes, Höhenentwicklung, Kubatur).

Bei der Differenzierung der Regeldichte ist allerdings darauf zu achten, dass auf diesem Wege die Durchsetzung von "schwachen" Nutzungsansprüchen nicht noch weiter erschwert wird. Manche Nutzungsansprüche bedürfen im Gegenteil verstärkten normativen Schutzes.

Verringerung der Infrastrukturkosten ohne Qualitätsverlust

Die Siedlungsentwicklung soll möglichst an das bebaute Stadtgebiet anschließen oder auf innerstädtischen Reservegebieten oder untergenutzten Arealen stattfinden. Damit soll der schonende Umgang mit der Ressource Boden gewährleistet werden. Damit sollen aber auch das Qualitätsniveau erhöht und die Kosten der Ver- und Entsorgungs-Infrastruktur gering gehalten werden. Einerseits lassen sich die dort vorhandenen technischen Infrastrukturleitungen (Wasser, Kanal, Energie, Telekommunikation) besser nutzen. Andererseits bieten diese Stadtteile ein dichteres Netz der Versorgung mit Gütern und Dienstleistungen aber auch der schulischen und medizinischen Betreuung.

Um die Versorgungsqualität mit sozialer und technischer Infrastruktur zu gewährleisten, sollten Entwicklungen in den Stadtrandgebieten möglichst entlang der höherrangigen Verkehrsmittel stattfinden. Also im Bereich der Entwicklungsachsen, die im Stadtentwicklungsplan festgeschrieben wurden. Dadurch sollen Strukturen geschaffen werden, die zu einer stadtverträglichen Nutzung des Autos beitragen.

Stärkung der Selbstorganisation

Stadtplanung und Städtebau müssen ihre Steuerungskompetenz verstärkt dem Ziel anpassen, die Selbstorganisation (in) der Stadt zu stärken. Effiziente und offensive Planung benötigt eine von den StadtakteurInnen mitgetragene Übereinkunft über Qualitätskriterien und die entsprechenden Instrumente und Mittel zu ihrer Umsetzung.

Bei der Organisation von Planungsprozessen müssen die demokratischen Formen der Auseinandersetzung weiterentwickelt werden. Mit dem Ziel einer besseren

Transparenz. Gleichzeitig müssen die Planungs- und Rechtssicherheit für AkteurInnen und Betroffene gewährleistet werden. Dies erfordert eine frühzeitige Einbeziehung unterschiedlicher AkteurInnen in die Planungsprozesse. Kooperative und interdisziplinäre Arbeitsformen sind weiterzuentwickeln. Horizontale Organisationsformen mit geringer Hierarchie sind zu stärken. Frauen sind im Planungs- und Realisierungsprozess auf allen Ebenen zu beteiligen. Darüber hinaus sind alle raumbedeutsamen Planungen und Maßnahmen auf ihre geschlechtsspezifische Wirkung zu überprüfen und gegebenenfalls anzupassen.

Unterstützung von Experimenten im Städtebau und im Wohnbau

Modellprojekte mit dem Ziel einer zukunftsfähigen Nutzung und Stärkung der urbanen, gemischten Strukturen sind fortzusetzen (vgl. dazu auch die strategischen Projekte "*Wohnen, Arbeiten und Freizeit — Beispiele: Gasometer und Wienerberg-City*", "*Entwicklung von Volksprater — Messegelände — Krieau — Stadion*", "*Stadtentwicklungszone Erdberger Mais — Aspanggründe*", "*Gürtelmanagement*", "*Alltagsgerechte Sanierung UND Neubau — Altmannsdorf neu*").

Im Wohnbau sind Modellprojekte wie "Autofreies Wohnen", interkulturelles Wohnen und integriertes Altenwohnen mit sozialmedizinischem Stützpunkt weiterzuführen, wobei auf positive Erfahrungen Bedacht genommen werden sollte. Projekte mit einem hohen Anteil an Partizipation und Selbstbestimmung sind besonders zu unterstützen.

Aktuelle Untersuchungen dokumentieren eindrucksvoll jene Kriterien und Ausstattungsmerkmale, die für die Wohnzufriedenheit der Menschen in Wien von entscheidender Bedeutung sind:

Die Zufriedenheit mit der Wohnung hängt maßgeblich ab von

- der Lage
- der Verkehrsanbindung (attraktive öffentliche Verkehrsmittel)
- der Attraktivität und Nutzbarkeit der unmittelbaren Wohnumgebung (Naherholung und Grün, Einkauf, Lokale)
- der Ausstattung mit attraktiven Freizeit- und Gemeinschaftseinrichtungen

Künftig wird daher in der Stadtentwicklung verstärkt auf die Ausstattung des Wohnumfeldes wie der Wohnanlage selbst zu achten sein.

Diese Zielsetzungen sollen unter Einbeziehung der Erfahrungen des ökologischen Wohnbaus und des Niedrigenergiewohnbaus umgesetzt werden.

Forcierung von Synergien in der Stadtentwicklung

Nicht nur in Modellprojekten, sondern auf allen Ebenen ist durch Kooperation von Stadtplanung, Flächenmanagement, Standortmarketing und Stadtgestaltung verstärkt auf Synergieeffekte hinzuwirken. Die Erhaltung und Weiterentwicklung der Nutzungsmischung sowohl in der inneren Stadtentwicklung als auch in der Stadterweiterung erfordert Management und Koordination der Stadtstrukturförderung (siehe auch Pkt. 2.1, Stärkung der Internationalisierung des Standortes und 5.2, Stadterneuerung stärkt die Stadtstruktur).

5 Wien bleibt Stadt der Lebens- und Umweltqualität

LEITIDEE So weit gefächert die Bedürfnisse der StadtbewohnerInnen sind, so breit muss auch das Thema der Lebensqualität gesehen werden. Voraussetzung einer hohen Lebensqualität für alle BewohnerInnen ist eine möglichst große Vielfalt. Sei es nun im kulturellen Sinn, im Unterhaltungsangebot, dem Wohnungs- und Arbeitsmarkt oder dem Angebot an Erholungsgebieten und Grünraum.

Lebensqualität entsteht aus der Gesamtheit aller Faktoren der Stadtentwicklung. Sie muss sich an der ökonomischen, ökologischen und sozialen Qualität orientieren. Die Dimension der Großstadt und die funktionelle, kulturelle und soziale Vielschichtigkeit der Stadtstruktur erfordern eine komplexe und differenzierte Strategie. Im Rahmen von Stadtentwicklung, Änderung von Funktionen und Lebensweisen und notwendiger Modernisierung sollen so Lebendigkeit und Vitalität erhalten und gestaltet werden.

Die Stadt muss dazu beitragen, dass Lebens- und Umweltqualität gerade für benachteiligte Gruppen erhalten bleibt bzw. geschaffen wird.

Ein massives Problem, mit dem die städtische Gesellschaft gegenwärtig konfrontiert wird, ist eine Entwicklung, die zu zunehmender ökonomischer, sozialer und kultureller Heterogenisierung, Segregation und Polarisierung tendiert. Um Lebensqualität für die gesamte Stadt zu gewährleisten, müssen in den politischen Handlungsfeldern Angebote sozialer Integration verstärkt werden.

5.1 Stadt des Miteinander

Wien bekennt sich zu einer integrativen Politik des friedlichen und gleichberechtigten Miteinander verschiedener Kulturen, Religionen und Lebensweisen. Eine solche Politik ist für eine offene, zukunftsorientierte und wirtschaftlich erfolgreiche Millionenstadt im Herzen Europas unabdingbar.

Zuwanderung ist für die europäischen Metropolen und damit auch für Wien Normalität und nicht Sonderfall. Zuwanderung betrifft nicht nur einzelne Teile, sondern die Gesellschaft in ihrer Gesamtheit.

Geregelte Zuwanderung ist bei tendenziell stagnierender Bevölkerungsentwicklung ein unverzichtbarer Beitrag zur Weiterentwicklung einer offenen urbanen Gesellschaft; einer Gesellschaft, die Vielfältigkeit, Offenheit und Toleranz fördert. Innovationskraft und das kreative Potenzial der Stadt werden durch Zuwanderung gestärkt und die soziale wie wirtschaftliche Stabilität sichergestellt. Nur so kann Wien im Städtewettbewerb seine Brückenfunktion in Europa auch in Zukunft als Standortvorteil nützen. Mehrsprachigkeit — die Kommunikationsfähigkeit innerhalb von und zwischen unterschiedlichen Kulturen — gekoppelt mit entsprechender Ausbildung und Qualifikation: Das ist die Basis, um sich den künftigen Herausforderungen eines größeren, zusammenwachsenden Europas gut vorbereitet stellen zu können.

Integrationspolitik ist somit eine Querschnittsmaterie. Für die Stadt Wien ist dieses Verständnis die Grundvoraussetzung für eine auch langfristig erfolgreiche Integrationspolitik. Eine nachhaltige Integrationsleistung bedarf der Anstrengung aller. Dazu ist es weiters von entscheidender Bedeutung, dass Integration alle Lebens-

sowie Politikbereiche durchdringt. Nicht als Problemstellung: Integration sollte als Bestandteil der Normalität städtischen Lebens erkannt und angenommen werden.

STRATEGISCHE ZIELE

Absicherung und Unterstützung des Integrationsprozesses

Der Prozess der Integration braucht Absicherung und Unterstützung. Einerseits bedarf es der entsprechenden rechtlichen Rahmenbedingungen insbesondere auf Bundesebene (stufenweise rechtliche Verankerung von Integration, Herstellen von Rechtssicherheit, humane Asylpolitik). Andererseits sind konkrete kommunalpolitische antidiskriminatorische Maßnahmen und Angebote notwendig, sowie prozessbegleitende Projekte auf sozialer, wirtschaftlicher, politischer, bildungspolitischer und kultureller Ebene.

Chancengleichheit — soziale Durchmischung

Spannungen, die durch das Miteinander-Leben unterschiedlicher Kulturen und ethnischer Gruppen auftreten, können einerseits durch eine bessere soziale Durchmischung nach dem Prinzip der Chancengleichheit aufgebrochen werden. Andererseits können diese Spannungen auch durch gezielte wirtschaftliche Fördermaßnahmen vermindert werden. Im Sinne einer querschnittsbezogenen Integrationspolitik betrifft die soziale Durchmischung alle Lebens- und Politikbereiche: also Arbeitsmarkt, Wohnungsmarkt, Schule, Freizeit, etc. Eben dadurch wäre auch eine weiterführende gesellschaftliche Segregation einzudämmen. Die "zweite Generation" der schon lange in Wien lebenden ZuwandererInnen ist dabei besonders zu berücksichtigen. Migrantinnen, die aufgrund der gesellschaftlichen Verhältnisse in ihren Herkunftsländern häufig stark in ihrem Recht auf Selbstbestimmung benachteiligt und eingeschränkt sind, sollen auch weiterhin in ihren demokratischen und gesellschaftlichen Rechten in Wien besonders unterstützt werden (vgl. dazu auch die strategischen Projekte *"Ältere MigrantInnen im System der Altenhilfe"* und *"Community Interpreters. Kommunalzentrale — Ein Schlüssel zu Gleichberechtigung und interkultureller Verständigung"*).

Urbane Identität durch BürgerInnenbeteiligung

Urbane Identität — also die Identifizierung mit dem eigenen, gemeinsamen urbanen Lebensumfeld — soll entwickelt und gefördert werden. Hier soll eine "Aktivierungspolitik" eine neue Dimension eröffnen, die den tatsächlichen gesellschaftlichen Realitäten entspricht.

Auf kommunaler und lokaler Ebene ist es ein Gebot der Stunde, Bürgerbeteiligungsverfahren mit Mediation zu verstärken und zu initiieren. Hier gilt es etwa bei der Gestaltung des näheren Wohnumfeldes und des öffentlichen Raumes alle Betroffenen aktiv einzubeziehen. Denn gemeinsame Anliegen tragen zum Überwinden von Vorurteilen ebenso bei, wie sie durch den Abbau von Ängsten das subjektive Sicherheitsgefühl erhöhen.

Nutzung des Wirtschafts- und Wissenspotenzials von ZuwandererInnen

Ein wesentliches Element der urbanen Identität sind aber auch Nahversorgungseinrichtungen und die Gastronomie. Ein für die wirtschaftliche Stärke der Stadt wichtiges Segment, das zu einem nicht unwesentlichen Teil von ZuwandererInnen abgedeckt wird. Als UnternehmerInnen schaffen sie somit auch

Ausbildungs- und Arbeitsplätze. Die unternehmerische Bereitschaft von ZuwandererInnen und damit ihr ökonomisches Potenzial muss daher durch verstärkte Beratung, Schulung und Förderung aktiviert werden. Für die wirtschaftliche Ostorientierung Wiens sollte das Sprach- und Wissenspotenzial der ZuwandererInnen genutzt werden. Die Bildungsoffensive soll weiter ausgebaut werden. Um soziale Konflikte unter den ZuwandererInnen zu vermeiden und um ihre Chancengleichheit zu erhöhen.

Kindern und Jugendlichen Raum geben

Lebensqualität für alle Kinder und Jugendliche ist ein großer Teil des "Miteinander in Wien". Daher soll ihnen mehr Raum zur Verfügung gestellt werden — sowohl im geographischen als auch im sozialen Sinn. Für die heranwachsende Generation wird es immer schwieriger, sich in ihrer Entwicklung und Bildung zu orientieren. Daher muss für alteradäquates Leben und Lernen in der Großstadt besonders auf das Bereitstellen von Räumen (in beiderlei Hinsicht) Bedacht genommen werden (vgl. dazu auch das strategische Projekt "*Wiener Bildungsnetz*").

Kinder und Jugendliche sollen bei Entscheidungen, die sie selbst betreffen, einbezogen werden. Vor allem um die Akzeptanz der unterschiedlichen Bedürfnisse aller Beteiligten sowohl bei Kindern und Jugendlichen zu verbessern.

5.2 Stadterneuerung stärkt die Stadtstruktur

Stadtstruktur ist danach zu beurteilen, wie viel Freiheit sie für die unterschiedlichen Entwicklungen bietet. Auch bei geringer ökonomischer oder sozialer Kraft oder kultureller Verschiedenheit: Ziel ist die soziale Integration der einzelnen Bevölkerungsgruppen.

Es gilt, Verständnis für die Vielfalt von Werthaltungen, Lebensstilen, Gewohnheiten und Verhaltensformen gesellschaftlicher Gruppen zu wecken. Diese Vielfalt soll respektiert und bewusst als Produktivkraft genutzt werden, um die städtischen AkteurInnen gemeinsam und aktiv in den Prozess der Veränderung einzubeziehen.

STRATEGISCHE ZIELE

Verstärkter Beitrag der Stadtstrukturverbesserung zur Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik

Neben der arbeitsplatzwirksamen Wohnhaussanierung ist das Instrument der Blocksanierung verstärkt einzusetzen. In Neubaugebieten ist das Management zur Ansiedlung von Dienstleistungsbetrieben zu forcieren. Ziel ist eine möglichst konfliktfreie Durchmischung von Wohnen und Arbeiten sowie die Erhaltung bzw. Schaffung von Arbeitsplätzen durch gewerbliche Standortsicherung. (Siehe auch Pkt. 4.3, Managementorientierung in der Planung und Pkt. 2.1, Stärkung der Internationalisierung des Standortes.)

Stadtstrukturverbesserung als sozialer und integrativer Prozess

Das Wiener Modell der sanften Stadterneuerung zielt auch auf die Entwicklung des "sozialen Raumes" und den Abbau von Substandard ab. Dabei ist Folgendes zu berücksichtigen: die Identitätsbildung von ZuwandererInnen, die Akzeptanz und Nutzung sozialer und kultureller Unterschiede, die Vermeidung von Ausgrenzung und Marginalisierung der "zweiten" und "dritten Generation" von AusländerInnen.

Ethnische Ökonomien sowie Multikulturalität sind als Wirtschaftsfaktor und politische Teilhabe zu stärken.

Das Engagement der Stadt in den Gründerzeitvierteln muss weiter forciert werden. Insbesondere in den erneuerungsdringlichen Gebieten sind der Ankauf von Althäusern, der Erwerb von Baurechten, die Übernahme von Baubetreuungsleistungen oder sonstige Unterstützungen zu forcieren. Entweder für eine sozial verträgliche Sanierung oder für Abbruch und Neubau — durch Bauträger oder durch die öffentliche Hand. Die Kommunikation zwischen allen NutzerInnen ist durch geeignete Gemeinwesenarbeit in der unmittelbaren Wohnumgebung zu verbessern (Hilfe zur Selbsthilfe).

Impulse für strukturschwache Gebiete

Es gilt eine Atmosphäre des Optimismus und neue Identifikationen mit dem Gebiet zu schaffen: Bei den StadtbenutzerInnen, den Wohnenden, den Haus- und LiegenschaftseigentümerInnen und bei den Wirtschaftstreibenden. Ziel ist nicht nur die Verbesserung der baulichen Substanz und die Hebung der Wohnqualität durch Sanierung oder Abbruch und Neubau. Sondern auch die Aufwertung des öffentlichen und halböffentlichen Raumes, die Erweiterung und Schaffung von Grünräumen und Spielplätzen im dicht bebauten Gebiet und die Verbesserung der sozialen Infrastruktur und Nahversorgung.

Um ein effizientes Modell für die Stadtstrukturverbesserung zu schaffen, müssen organisatorische Strukturen, die bisher die Umsetzung erschwerten, neu geordnet werden. Die Ziele der Umstrukturierung sind: Die Nutzungsmischung soll effizienter gefördert werden. Baublöcke sollen maßvoll entkernt bzw. maßvoll verdichtet werden. Der öffentliche und halböffentliche Raum sollen aufgewertet und sozial integrative Maßnahmen verbessert werden (vgl. dazu auch das strategische Projekt *"Forcierung der Stadterneuerung in öffentlich-privater Partnerschaft — Pilotprojekt Baublockmanagement"*).

Stadtstrukturförderung in Geschäftsstraßen

Die Identifizierung der BewohnerInnen mit ihrer Einkaufsstraße oder ihrem Bezirkszentrum ist für die nachhaltige Entwicklung eines Bezirksteiles von wesentlicher Bedeutung. Für das Florieren einer Geschäftsstraße ist der Sympathiewert mindestens so wichtig wie der Nutzwert. Stärkung von Image, Identität und Bezirkskultur haben bei der Reaktivierung und neuen Aktivierung gewachsener Strukturen (Straßen, Plätze) höchste Priorität: Sie sind der entscheidende Impuls für eine gezielte Stadterneuerung in Geschäftsstraßen.

Nach dem Prinzip "Hilfe zur Selbsthilfe" sollen Initiativen der örtlichen Wirtschaft durch ausgewählte Projekte unterstützt werden, um eine Aufbruchstimmung zu ermöglichen.

Empfohlen wird die Schaffung eines zentralen Sonderbudgets zur raschen Umsetzung ausgewählter Projekte mit überregionaler Bedeutung (vgl. dazu auch das strategische Projekt *"Innerstädtische Zentren und Geschäftsstraßen"*).

Neue Qualität im öffentlichen Raum — Gestaltungsoffensive 2000 Plus

Um in Wien eine Atmosphäre des Optimismus und des Selbstbewusstseins zur Jahrtausendwende zu kreieren, wird eine Gestaltungsoffensive 2000 vorgeschlagen.

Vor allem im dicht bebauten Gebiet sollen neue, nach Qualitätskriterien entwickelte Projekte dazu beitragen, Stadträume zu intensivieren und zu verknüpfen. Dabei ist eine Mobilisierung städtischer AkteurInnen in Modellen öffentlich-privater Partnerschaft anzustreben (vgl. dazu auch die strategischen Projekte "*Hauptbibliothek — ein neues bildungspolitisches Symbol*" und "*Attraktivierung des öffentlichen Raumes*").

Sanierung von Wohnbauten der Zwischenkriegszeit und der 50er bis 80er Jahre

Bei der Sanierung der Wohnhausanlagen der Zwischenkriegszeit sind verstärkt ökologische Aspekte und die Gestaltung der Freiräume zu berücksichtigen. Eine maßvolle Nachverdichtung in Wohnhausanlagen der 50er bis 80er Jahre kann zugleich eine Nachbesserung von Infrastrukturen ermöglichen. Dabei muss allerdings auch der Bedarf an Freiflächen berücksichtigt werden. (vgl. dazu auch das strategische Projekt "*Thermisch-energetische Wohnhaussanierung — THEWOSAN*").

Urbane Qualität im Wohnumfeld

Bei der Entwicklung neuer Wohnstandorte und der Weiterentwicklung im Siedlungsbestand ist der Gestaltung des Wohnumfeldes mehr Bedeutung zuzumessen. Dies betrifft vor allem die Umweltsituation (Be- und Entlastungseffekte, kleinräumige und teilräumige Umweltbilanz) sowie die Gestaltungs- und Nutzungsmöglichkeiten. Sei es die Mitgestaltung und Pflege von Grünflächen und Hausgärten, seien es Aufenthaltsmöglichkeiten im Freien oder Freiräume für Spiel und Sport.

5.3 Für eine intelligente Mobilität

Der Stadtentwicklungsplan und das Verkehrskonzept der Stadt Wien haben die Leitidee für eine intelligente Mobilität vorgezeichnet: Das Ziel ist eine umweltschonende, gesundheitsfördernde, sichere und kostengünstige Befriedigung der Mobilitätsbedürfnisse aller Bevölkerungsgruppen.

Besonderes Augenmerk wird dabei auf entscheidende Verbesserungen für die ökologisch verträglichen Fortbewegungsarten des "Umweltverbundes" gelegt. Also das Zu-Fuß-Gehen, das Radfahren und die öffentlichen Verkehrsmittel. Nur dadurch kann das ehrgeizige Ziel einer nachhaltigen Veränderung der Verkehrsmittelwahl (Modal Split) zugunsten des "Umweltverbundes" erreicht werden. Dieses Ziel wurde mit dem Verkehrskonzept vom Wiener Gemeinderat beschlossen. Sind dafür Beschränkungen des motorisierten Verkehrs notwendig, sollen diese unter Berücksichtigung der Ansprüche des notwendigen Kfz-Verkehrs, insbesondere des Wirtschaftsverkehrs, erfolgen.

Konkrete Maßnahmen zur Veränderung der Verkehrsmittelwahl und der Bewusstseinsbildung für eine sinnvolle Mobilität sind auch mit Hilfe des sogenannten "Dritten Weges" anzustreben. Dies erfolgte bereits in Ansätzen — z.B. durch die Unterstützung von Fahrgemeinschaften, die Einführung von Anrufsammeltaxis, die Unterstützung von "Car-Sharing" oder die Förderung für Elektroautos.

STRATEGISCHE ZIELE

Konsequente Umsetzung des Verkehrskonzeptes und des Klimaschutzprogrammes

Die vom Wiener Gemeinderat beschlossenen Leitlinien und das Maßnahmenprogramm zum Wiener Verkehrskonzept sind nach wie vor der gültige Handlungsrahmen der Verkehrspolitik und -planung.

Die bereits eingeleiteten Schritte zur Umsetzung des Verkehrskonzeptes sind konsequent weiterzuerfolgen. Zusätzlich sind eine regelmäßige Evaluierung der erreichten Ziele und eine davon abgeleitete Prioritätensetzung notwendig (vgl. dazu auch das strategische Projekt "*Klimaschutzprogramm der Stadt Wien*").

Reduktion der gesundheits- und klimaschutzrelevanten Emissionen des Verkehrs

Um die gesundheits- und klimaschutzrelevanten Emissionen zu reduzieren sind Verkehrsvermeidung und verstärkte Verlagerung auf die Verkehrsarten des "Umweltverbundes" notwendig. Aber auch eine Effizienzsteigerung des motorisierten Verkehrs und eine Veränderung der gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen.

Stadtstruktur und intelligente Mobilität

Die Raumordnungs- und Flächennutzungsplanung ist auf die Gegebenheiten und Ausbaumöglichkeiten des "Umweltverbundes" abzustimmen. Die diesbezüglichen Grundsätze sind (gemäß Stadtentwicklungsplan 1994):

- Kompakte und lebendige Stadt: Vorrang für die Stadterneuerung und innere Stadterweiterung (untergenutzte Flächen) bei gleichzeitiger Beachtung der Lebensqualität (keine übertriebene Dichte im Wohnbau, öffentlich nutzbare Außenräume).
- Siedlungsachsen in Außenbezirken: Neues Bauland am Stadtrand möglichst nur im fußläufigen Einzugsbereich von Haltestellen attraktiver öffentlicher Verkehrsmittel.
- Vernünftige Besiedlungsdichte: Vermeiden zu geringer Dichte im Neubau — Nachverdichtung untergenutzter Flächen im Einzugsbereich öffentlicher Verkehrsmittel, da sonst kein attraktives Intervall oder kein wirtschaftlicher Betrieb möglich ist.
- Starke Bezirkszentren: zentrale Einrichtungen (Erledigungen, Einkauf, Freizeit) sollen auf kurzem Weg und mit öffentlichen Verkehrsmitteln gut erreichbar sein; Sondernutzungen mit starkem Publikumsverkehr dürfen nur an ÖV-Knoten angesiedelt werden.
- Ausgewogenes Arbeitsplatzangebot: Betriebe sollen möglichst ausgewogen auf alle Stadtteile verteilt werden, um nicht unnötig lange Wege zum Arbeitsplatz zu erzwingen.
- Trassensicherung: Trassen für mögliche Verlängerungen hochrangiger Verkehrsmittel (z.B. U-Bahn) sollen vorausschauend von Bebauung freigehalten werden, um langfristige Entwicklungsmöglichkeiten zu sichern bzw. Kosten zu sparen.

Die Verbesserung der Akzeptanz der dafür notwendigen Maßnahmen erfordert eine intensive Kommunikation zwischen EntscheidungsträgerInnen, planenden und umsetzenden Personen und Institutionen sowie der Bevölkerung. Dafür ist eine verstärkte Öffentlichkeitsarbeit und Bewusstseinsbildung notwendig (siehe auch Pkt. 4.3, Managementorientierung in der Planung).

Erreichbarkeit von Mobilitätszielen — Förderung von alternativen Mobilitätsformen

Durch die Förderung kleinräumiger Strukturen und einer leichteren Zugänglichkeit und Inanspruchnahme von Verkehrsarten des "Umweltverbundes" soll die Erreichbarkeit

von Mobilitätszielen — auch ohne Auto — gesichert werden. Die Information über vorhandene Angebote im "Umweltverbund" ist mit Hilfe moderner Informationstechnologien zu verbessern. Soweit zur sicheren Erreichbarkeit und Entlastung sensibler Gebiete Maßnahmen zu Umgestaltung, Ausbau und Ergänzung des Straßennetzes notwendig erscheinen, sind diese umzusetzen.

5.4 Umfassende Gesundheitsförderung

Wien strebt an, dass die Gesundheit der Bürgerinnen und Bürger der Stadt zu den besten in Europa zählt. Den in Wien lebenden Menschen sollen alle Möglichkeiten geboten werden, sich ihren Anlagen und Wünschen entsprechend zu entfalten - Grundlage dafür sind eine gesunde Umwelt, sozialer Zusammenhalt, ein hervorragendes Gesundheitswesen und wirtschaftliche Stabilität.

Gesundheitsförderung beschäftigt sich generell mit der Entwicklung eines gesundheitsbewussten Denkens und Handelns. Die Bürgerinnen und Bürger sollen zu MitproduzentInnen ihrer Gesundheit werden - ein Ziel, das weit über klassische Formen der Gesundheitsvorsorge hinausgeht.

Die Strategie der WHO "Gesundheit für alle" wurde in den letzten beiden Jahren überarbeitet und liegt nun als "Gesundheit 21 - Gesundheit für alle im 21. Jahrhundert" vor. Wien - als Mitgliedstadt im Gesunde Städte-Projekt - verpflichtet sich, seine Gesundheitspolitik an den Zielen der WHO auszurichten.

STRATEGISCHE ZIELE

Gesundheitsförderung bedarf der Chancengleichheit zwischen Bevölkerungsgruppen

Auch in Wohlstandsgesellschaften werden wichtige Faktoren für die Gesundheit nicht nur von individuellen, sondern auch von wirtschaftlichen und sozialen Rahmenbedingungen bestimmt. Soziale Ungleichheiten sind daher zu reduzieren, ihre gesundheitlichen Auswirkungen zu minimieren.

Verringerung von übertragbaren und nicht übertragbaren Krankheiten

Die Reduktion von übertragbaren Krankheiten verlangt nach einem integrierten Ansatz, der Gesundheitsförderung, Krankheitsprävention und Behandlung umfasst.

Die erfolgreiche Umsetzung des Wiener Impfkongzeptes soll dazu führen, dass die Ziele der WHO erreicht werden. Die Verringerung von nichtübertragbaren Krankheiten, den häufigsten Ursachen für Tod, Krankheit und Behinderungen, ist durch die Umsetzung des Gesundheitsförderungsprogramms für Wien voranzutreiben.

Integration der Gesundheitsversorgung

Die Kosten für das Gesundheitswesen werden durch die steigende Zahl älterer Menschen und die Einführung neuer Geräte und Verfahren in Zukunft stark steigen, sofern nicht gegengesteuert wird. Und es gibt bereits Lösungen, die es ermöglichen, die Qualität und zugleich die Kostenwirksamkeit von Gesundheitssystemen zu verbessern.

Es sind Maßnahmen zu treffen, um die Integration von primärer, spezialisierter und im Krankenhaus erbrachter Gesundheitsversorgung zu fördern (vgl. dazu auch das

strategische Projekt "*Integrativer Gesundheitsplan 2000 für Wien — Plan und Interventionsprojekte*").

Eine gesunde und sichere Umwelt

Die Konzepte von Stadtplanung, Umweltschutz, Wirtschaft und Gesundheitsförderung sind für die Sicherstellung einer hohen Umweltqualität entscheidend — daher ist auch für die Reduktion von Gesundheitsrisiken eine kontinuierliche Kooperation nötig. Für die TrägerInnen dieser multisektoralen Verantwortung sind daher klare Mechanismen zu definieren und zu schaffen.

Gesunde Lebensweise erleichtern

Eine gesunde Lebensweise liegt nicht allein in der Verantwortung des Individuums. Daher sind innerhalb der Verwaltung neben aufklärenden Maßnahmen auch koordinierte Strategien in den Bereichen Verkehr, Erholung und Stadtentwicklung zu entwickeln.

Umsetzung von Forschung und Gesundheitswissen

Die Kommunikation zwischen Wissenschaft und EntscheidungsträgerInnen ist im Hinblick auf strategisch orientierte Handlungsprogramme zu verstärken.

5.5 Ressourcenschonung und Ressourcenmanagement

Der Begriff "Ressource" umfasst einerseits die natürlichen Ressourcen wie Boden, Wasser und Luft. Andererseits durch menschliche Aktivitäten ausgelöste Güter- und Stoffflüsse und die Lager — wie z.B. Baumaterialien, Konsumgüter, Abfälle, Kohlendioxid, Stickstoff, Schwermetalle usw. Ressourcenmanagement bedeutet, den Stoffhaushalt der Stadt zu analysieren, anhand zukunftsfähiger Kriterien und Indikatoren zu evaluieren und mit effizienten Maßnahmen zu steuern.

Daher ist Ressourcenmanagement zentraler Bestandteil einer nachhaltigen Entwicklung. Bei einer nachhaltigen Nutzung der Umwelt darf der Verbrauch von erneuerbaren Rohstoff-, Wasser- und Energieressourcen die Neubildungsrate nicht übersteigen. Und nicht erneuerbare Ressourcen dürfen nicht schneller verbraucht werden, als sie durch dauerhafte erneuerbare Ressourcen ersetzt werden können. Nachhaltige Umweltnutzung bedeutet auch, dass die Emission von Schadstoffen nicht größer sein darf als die Fähigkeit von Luft, Wasser und Boden, diese Schadstoffe zu binden und abzubauen.

Als wichtigen Beitrag zur Ressourcenschonung hat die Stadt Wien ein anspruchsvolles Klimaschutzprogramm ausgearbeitet, dessen Umsetzung im Wiener Gemeinderat beschlossen wurde (vgl. dazu auch das strategische Projekt "*Klimaschutzprogramm der Stadt Wien*"). Wien ist eine der ersten Städte Europas, die Stoffbilanzen für eine gesamte Stadt durchgeführt haben. Nun sind diese Arbeiten auf städtischer Ebene umzusetzen. Die Stadt Wien wird geeignete innovative Schritte setzen, um das Ziel eines umweltverträglichen und ressourcenschonenden Stoffhaushaltes zu erreichen.

STRATEGISCHE ZIELE

Haushälterischer Umgang mit Ressourcen

Wirtschaft und Verwaltung sollen zukünftig die Strategie eines haushälterischen Umganges mit den vorhandenen Ressourcen als eine Rahmenbedingung in ihre Planungsaktivitäten einbeziehen.

Kontinuierliche Verbesserung des Ressourcenhaushaltes

Programme für die Verbesserung der Ressourceneffizienz und Projekte wie ÖkoBusinessPlan Wien, Umweltmanagement in Amtshäusern der Stadt Wien, Wiener Altwarenborse und Ökokauf sind weiter zu unterstützen und zu vertiefen (vgl. dazu auch die strategischen Projekte "*ÖkoBusinessPlan Wien*" und "*PUMA — Projekt Umweltmanagement in Amtshäusern der Stadt Wien*").

Für die Umsetzung der durchgeführten Stoffbilanz der gesamten Stadt wird die Schaffung eines Ressourcenmanagements für Wien vorgeschlagen. Aufgrund der Vielzahl von eingesetzten Stoffen ist es kaum möglich, in allen Bereichen gleichzeitig ein umfassendes Ressourcenmanagement einzuführen. Es sind daher Schwerpunkte zu bestimmen und schrittweise umzusetzen.

Zum Thema Ressourcenmanagement für die öffentliche Verwaltung und andere AkteurInnen sind Ausbildungsprogramme zu entwickeln.

Früherkennung von Umweltproblemen

Im Sinne des Vorsorgeprinzips sollen Instrumente der Früherkennung mithelfen, Grenzwertüberschreitungen zu vermeiden.

Bereitstellen von effizienten Entscheidungsgrundlagen und eines Monitoringinstruments

Mit einem Monitoringinstrument besteht die Möglichkeit zu überprüfen, ob sich die Entwicklung des Stoffhaushalts der Stadt in die gewünschte Richtung bewegt und ob die aktuelle Entwicklung den Kriterien der Nachhaltigkeit entspricht.

Impressum

INHALTLICHE STEUERUNG

LENKUNGSGRUPPE

- Arnold Klotz (Vorsitz), MD-Stadtbaudirektion, Gruppe Planung
- Brigitte Jilka, MA 18
- Christian Bartik, MD-KOB, genannt von der Stadträtin für Finanzen, Wirtschaftspolitik u. Wiener Stadtwerke
- Hans Bulfone, Büro der GGr. Jugend, Soziales, Information und Sport
- Reinhold Christian, Büro der GGr. Planung und Zukunft
- Michaela Kauer, Büro der GGr. Integration, Frauenfragen, Konsumentenschutz und Personal
- Boris Marte, Büro der GGr. Kultur
- Heinz Müller, Büro der GGr. Umwelt und Verkehrskoordination
- Josef Ostermayer, Büro der GGr. Wohnen, Wohnbau und Stadterneuerung
- Kurt Ricica, MA 22, genannt vom Bürgermeister
- Hannes Schmidl, MA 15-Dez. III, genannt vom Stadtrat für Gesundheits- und Spitalswesen

PROJEKTTEAM

- Otto Frey, MD-Stadtbaudirektion,
- Gruppe Planung
- Georg Kotyza, MA 18
- Gottfried Pirhofer, Zukunfts.Station Wien

KONZEPTION, ORGANISATION, REDAKTION

Zukunfts.Station Wien

- Gottfried Pirhofer
- Kurt Plöckinger
- Gertraude Werner

BEARBEITUNG IM MAGISTRAT

ARBEITSGRUPPEN — MITARBEITER/INNEN

Arbeitsgruppe 1

Clusterbildung und Flächenmanagement

- Josef Frühwirth (Sprecher), Wiener Bodenbereitstellungs- und Stadterneuerungsfonds WBSF
- Kurt Mittringer (Schriftführer), MA 18
- Peter Celar, MA 63
- Peter Chlup, MD-Stadtbaudirektion, Dez. 2
- Bruno Domany, MA 22
- Otto Frey, MD-Stadtbaudirektion, Gruppe Planung
- Erich Hechtner, MA 63
- Franz Lagler, Wiener Wirtschaftsförderungsfonds WWFF
- Thomas Madreiter, MA 21 A

- Mario Marth, MA 21 C
- Peter Mayerhofer, Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung
- Kurt Müller, MA 4
- Herbert Pelikan, Wiener Wirtschaftsförderungsfonds WWFF
- Manfred Schönfeld, MA 21 C
- Ewald Schreyer, MA 4/1
- Thomas Titz, MA 21 A

Arbeitsgruppe 2

Arbeitsmarkt und Dienste

- Stephan Lengauer (Sprecher), Wiener ArbeitnehmerInnenförderungsfonds WAFF
- Reinhard Troper (Schriftführer), MD-KOB
- Renate Balic-Benzing, MA 11
- Karin Beisser, MD-PD
- Friedrich Grundei, Büro des Seniorenbeauftragten
- Erika Hess, IFA — Institut für Arbeitsmarktbetreuung und -forschung
- Irene Kessler, Wiener Integrationsfonds
- Anton Krotky, MD-PD
- Daniela Lessing, MA 57
- Michael Mesch, Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien
- Werner Neubauer, MA 11
- Andreas Weigl, MA 66

Arbeitsgruppe 3

Wissenstransfer, Weiterbildung, Schule

- Renate Banik-Schweitzer (Sprecherin), MA 8
- Hubert Christian Ehalt (Schriftführer), MA 18
- Karl Blüml, Stadtschulrat für Wien
- Hans Fellner, MD-KOB
- Marina Fischer-Kowalski, IFF — Social Ecology
- Angelika Huber, MA 18
- Gordana Janak, MA 22
- Martin Kasztler, Wiener Stadtwerke — Wienstrom
- Herbert Klima, Atominstytut der Österreichischen Universitäten
- Elisabeth Mezulianik, MD-BL für Integrationsangelegenheiten
- Hans Heinz Titz, MA 13
- Paul Weis, MA 53
- Manfred Welan, Universität für Bodenkultur Wien
- Thomas Weninger, MD-KOB
- Walter Wieser, MD-BL für Integrationsangelegenheiten
- Dieter Zabrana, Wiener Wirtschaftsförderungsfonds WWFF

Arbeitsgruppe 4

Naturbasis

- Karin Büchl-Krammerstätter (Sprecherin), Wiener Umweltschutz WUA
- Ulrike Haslinger (Schriftführerin), MA 15
- Bruno Domany, MA 22
- Wilfried Doppler, Wiener Umweltschutz WUA
- Ulrike Goldschmid, MA 45
- Karl Glotter, MA 18
- Manfred Schönfeld, MA 21 C
- Herbert Weidinger, MA 19

Arbeitsgruppe 5

Kultur, Erlebnis, Stadtraum

- Bernhard Denscher (Sprecher), MA 7
- Josef Hollos (Schriftführer), MA 13
- Sylvia Fassel-Vogler, MA 7
- Eva Gaßner, MA 53
- Peter Klopff, MA 21 A
- Wolfgang Kos, Historiker, Publizist
- Josef Matousek, MA 19
- Wilhelm Oberlender, MA 51
- Martin Schwarz, Martin Schwarz GmbH

Arbeitsgruppe 6

Stadterneuerung, Wohnen und Integration

- Horst Berger (Sprecher), MD-Stadtbaudirektion, Dez. 2
- Robert Eigler (Schriftführer), MA 18
- Christian Bartok, GGr. Wohnen, Wohnbau und Stadterneuerung
- Andreas Bayer, MA 17
- Alfred Behm, Wiener Bodenbereitstellungs- und Stadterneuerungsfonds WBSF
- Gerhard Berger, MD-Stadtbaudirektion, Dez. 2
- Alfred Brezansky, Wiener Umweltschutz WUA
- Wolfgang Förster, Wiener Bodenbereitstellungs- und Stadterneuerungsfonds WBSF
- Hansjörg Hansely, MA 18
- Eva Kail, MD-BD, Leitstelle "Alltags- und frauengerechtes Planen und Bauen"
- Irene Kessler, Wiener Integrationsfonds
- Franz Kobermaier, MA 19
- Robert Korab, Österreichisches Ökologie Institut für angewandte Zukunftsforschung
- Bernhard Mackerle, MA 21 A
- Hubert Mayer, MA 25
- Ilena Mittermaier, MD-BD, Leitstelle "Alltags- und frauengerechtes Planen und Bauen"
- Andreas Preslmayr, MA 22
- Erich Raith, TU Wien, Institut für Städtebau, Raumplanung und Raumordnung
- Gernot Riedel, MA 21 A
- Anton Schmid, Wiener Kinder- und Jugendanwaltschaft
- Dominik Schreiber, Wiener Umweltschutz WUA
- Neslihan Turan, Wiener Bodenbereitstellungs- und Stadterneuerungsfonds WBSF

- Klaus Vatter, MA 21 A
- Karl Weber, MA 17

Arbeitsgruppe 7

Gesunde Stadt, Mobilität, Ressourcen

- Gordana Janak (Sprecherin), MA 22
- Ursula Hübel (Schriftführerin), MA 15
- Christoph Breuer, MA 22
- Stephan Fickl, E.V.A. — Energie Verwertungs Agentur
- Johannes Gielge, MA 18
- Winfried Kalss, MA 46
- Rudolf Karazmann, IBG Österreich
- Heinz Löffler, Wiener Stadtwerke — Wiener Linien
- Richard Obernosterer (unter Mitarbeit von Hans Daxbeck und Paul H. Brunner), TU Wien
- Wilfried Raimund, E.V.A. Energie Verwertungs Agentur
- Alexander Reisenleitner, MA 22
- Lieselotte Schmidt, somo — Sozialwissenschaftliche Mobilitätsforschung und Beratung
- Dominik Schreiber, Wiener Umwelthanwaltschaft WUA
- Erich Till, MA 31

Mit fachlicher Unterstützung von:

- Harald Semela, MD-Stadtbaudirektion, Gruppe Planung

Arbeitsgruppe 8

Region Wien — Wirtschaftsstandort — Städtenetzwerk Europa

- Alfred Gruber (Sprecher), Wiener Wirtschaftsförderungsfonds WWFF
- Alfred Dorner, Friedrich Schmid, Hannes Schulz (Schriftführer), alle MA 18
- Christian Anderle, MD-IB
- Otto Frey, MD-Stadtbaudirektion, Gruppe Planung
- Kurt Müller, MA 4
- Heinrich Oppenauer, MA 22
- Gabriele Philipp, MA 53
- Reinhard Troper, MD-KOB

Mit fachlicher Unterstützung von:

- Elisabeth Alexander, MA 28
- Eugen Antalovsky, Europaforum Wien
- Christian Bartik, MD-KOB
- Hans Emrich, Emrich Consulting
- Barbara Erlacher, MD-KOB
- Eva Gaßner, MA 53
- Werner Rosinak, Rosinak & Partner ZT GmbH
- Otto Schwetz, MD-IB; T.I.N.A.
- Walther Stöckl, MD-EUF

In der zweiten Bearbeitungsphase wurden die neu zusammengesetzten Arbeitsgruppen zusätzlich unterstützt durch:

- Ernst Theimer, Magistratsdirektor
- Petra Ebert, MA 22
- Klaudius Foltin, MA 19
- Barbara Goess, MA 7
- Klaus Göller, MA 56
- Jutta Kleedorfer, MD BD, Projektleitstelle Mehrfachnutzung
- Richard Kronberger, MA 19
- Kurt Nussgruber, MD
- Dieter Pal, MA 19
- Alfred Pfoser, MA 13 — Städtische Büchereien
- Monika Prenger, Büro der GGr. Jugend, Soziales, Information und Sport
- Manfred Schopper, MA 18
- Johannes Seitner, Wiener Integrationsfonds
- Harald Semela, MD-BD, Gruppe Planung
- Dietmar Teschl, MA 50
- Oskar Wawra, MD IB
- Thomas Jakoubek, Wissenschafts- und Technologiepark — Tech Gate Vienna
- Günther Sallaberger, Martin Schwarz GesmbH

Wissenschaftliche Begleitung

- Marina Fischer-Kowalski, IFF — Social Ecology
- Erika Hess, IFA — Institut für Arbeitsmarktbetreuung und -forschung
- Herbert Klima, Atominstitut der Österreichischen Universitäten
- Robert Korab, Österreichisches Ökologie Institut für angewandte Zukunftsforschung
- Wolfgang Kos, Historiker und Publizist
- Peter Mayerhofer, Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung
- Richard Obernosterer, (unter Mitarb. v. Hans Daxbeck u. Paul H. Brunner), Technische Universität Wien, Institut für Wassergüte und Abfallwirtschaft
- Werner Rosinak, Rosinak & Partner ZT GmbH
- Erich Raith, Technische Universität Wien, Institut für Städtebau und Raumplanung
- Lieselotte Schmidt, somo — Sozialwissenschaftliche Mobilitätsforschung und Beratung
- Martin Schwarz, Martin Schwarz GmbH

Konsulenten

- Eugen Antalovsky, Europaforum Wien
- Hans Emrich, Emrich Consulting
- Stephan Fickl, E.V.A. — Energie Verwertungs Agentur
- Rudolf Karazmann, IBG Österreich
- Michael Mesch, Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien

Öffentliche Diskussion
"Wiener Stadtdialog"

Konzeption, Organisation, Redaktion

Europaforum Wien:

- Eugen Antalovsky
- René Berger

KonsulentInnen "Stadtforum Wien"

- Jens Dangschat, Institut für Stadt- und Regionalforschung, TU Wien
- Heidemarie Schrodt, Direktorin des Bundes(real)gymnasium Rahlgasse
- Michael Schrott, ORF-Redakteur
- Herbert Unterköfler, H. Neumann International Management Consulting
- Michael Wagner-Pinter, Synthesis Forschungsgesellschaft